

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft



Rettungspaket – aber richtig!

- Nachhaltige Finanzmarkt-Stabilität
- Die Bankenkrise ist in aller Munde – aber nicht ihre Ursache
- Der Kapitalismus frisst seine Kunden
- Interview mit Erwin Wagenhofer („Let's make money")

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschlands Bundespräsident Köhler, bekannt für seine deutlichen, mahnenden Worte, hat sich mal wieder die Finanzindustrie vorgenommen, nur wenige Tage, nachdem nun auch die Schweiz ein milliardenschweres Rettungspaket geschnürt hat. Nachdem Köhler bereits im Frühjahr die Finanzmärkte als „Monster“ bezeichnet hatte, sind die Schuldigen für ihn nun



ausgemacht. Zum Abschluss eines Treffens der Banken- und Versicherungsbranche in Frankfurt am Main forderte er von den Bankern als Konsequenz aus der Finanzkrise

„Demut, Anstand und Bescheidenheit“ und die Rückbesinnung auf „die Tugenden des soliden Bankiers“.

In eine ganz ähnliche Richtung deuten die Beschlüsse des Weltfinanzgipfels – mehr Regulierung, Transparenz und Überwachung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF), um die für die Finanzkrise angeblich verantwortlichen menschlichen Unzulänglichkeiten und die „Gier der Banker“ zukünftig im Zaum zu halten. Damit macht die Politik jedoch nur das, was Köhler, ehemaliger IWF-Chef, nun den Bankern vorwirft – „mit dem Finger auf andere Leute zeigen“.

Dabei müssten sich alle, wirklich alle, zunächst selbst hinterfragen und vor allem kritische Fragen stellen, wie es der Österreicher Erwin Wagenhofer, Regisseur von „Let's make money“, im Interview (S. 5) betont. Denn wir alle, Politiker und Finanzindustrielle eingeschlossen, leben in einer Welt voller „wundersamer Geldvermehrung“ (Karikatur auf S. 7) – die auf der anderen Seite Einzelpersonen, Firmen

und ganze Staaten in Verschuldung und Abhängigkeit treibt.

Ein bisschen Regulierung hier und da, aufgeweicht im nun anstehenden Ringen um globale Kompromisse, wird nicht ausreichen, um für eine nachhaltige Weltfinanzarchitektur zu sorgen. Dafür müssen Schlüsse aus vergangenen Krisen gezogen werden (S. 8), das grundlegende Problem des Vermögenswachstums angegangen werden, das Helmut Creutz im Lichte der Krise beschreibt (S. 6) und nachhaltige Lösungen entwickelt werden, wie sie Ralf Becker (S. 3), Norbert Rost (S. 16) und Bernard Lietaer (S. 19) beschreiben. Wir brauchen andere Ideen als die, die uns in die jetzige Situation gebracht haben.

Erfreulicherweise gibt es dazu sehr konkrete, viel versprechende geldsystemkritische Ansätze und ein deutlich gesteigertes Interesse, das sich nicht nur in den Medien mit ausführlichen Interviews (S. 10), sondern auch bei der INWO bemerkbar macht. Mit der anhaltenden und sich zu einer Weltwirtschaftskrise ausweitenden Banken- und Finanzkrise, dem Kinofilm „Let's make money“, den frisch geschnürten „Rettungspaketen“ der INWO und einem neuen Vorstand gibt es viel Rückenwind für die Idee der FAIRCONOMY. Nutzen wir ihn!

Eine interessante Lektüre, ein frohes Fest und einen guten Start ins neue Jahr wünscht im Namen der Redaktion

Inhalt

- 3** Nachhaltige Finanzmarkt Stabilität
- 5** Interview mit Erwin Wagenhofer
- 6** Bankenkrise in aller Munde – aber nicht die Ursache!
- 8** Der Kapitalismus frisst seine Kunden – damals wie heute
- 10** Medienspiegel & Termine
- 11** INWO Deutschland
- 14** INWO Schweiz
- 16** Macht Geld!
- 19** Nachhaltige Selbsthilfe statt teurer Rettungspakete
- 20** Das „Tahiti-Projekt“ geht seinen Weg
- 21** Petition in Österreich für „Neues Geld“, Buchvorstellungen

Impressum

FAIRCONOMY 4. Jahrgang, Nr. 4 Dezember 2008, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Jens Hakenes (V.i.S.d.P.), Wera Wendnagel, Beate Bocking, Roland Stebler, Frank Moser, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage

2.900 Exemplare; davon 1.200 als „r-evolution“ (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: Michael Hönig/Umbach-Design, INWO-Materialien: SMARTi-d - Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, 3: Ralf Becker, 4 und 6: Helmut Creutz, 5: Allegro Film, 7: Waldah, 8: Dorothea Lange/wikipedia, 9: Honoré Daurier, 11: n-tv, Peter Lange, 15: <http://www.admin.ch>, 16/17: Eugen Kment, 18: Bürgerblüte Kassel, Urstromtaler Sachsen-Anhalt, 23: Eugen Kment

Layout

Umbach-Design, Grafik & Mediengestaltung, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingensfuß GmbH, Münster

Herausgeberin & Abo-Kontakt

INWO Deutschland e.V., Sambach 180, 96178 Pommersfelden, Telefon: +49 9502 924740, Fax: +49 9502 924810, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>, Konto 6010451400, GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (43060967), IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalis-

tische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Nachhaltige Finanzmarkt-Stabilität

Die internationale Finanzmarkt-Krise hat systemische Ursachen über mangelnde Regulierung hinaus. Eine stabile Bindung der Vermögenswerte, und damit des Finanzmarktes an die Realwirtschaft kann durch stärkere Regulierung, durch eine neue Umlaufsicherung des Geldes sowie durch die Etablierung eines mehrschichtigen Währungssystems sichergestellt werden.

Die derzeitige Krise unseres Finanzsystems hat vielfältige Ursachen. Einige davon werden bereits öffentlich diskutiert, andere noch nicht. Grundlegend lassen sich drei Krisenfaktoren unterscheiden.

1. Krisenfaktor Vermögenswertblase

Der konkrete Anlass der aktuellen globalen Finanzkrise war das Platzen einer Blase von Vermögenswerten, in diesem Fall auf dem US-Immobilienmarkt. Das Platzen solcher Kapitalblasen ist inzwischen regelmäßig Anlass größerer Finanz- und Wirtschaftskrisen.

Hinter diesen konkreten Anlässen steckt eine systemische Ursache: Im derzeitigen Geldsystem wachsen die Vermögen seit langem systematisch schneller als die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. D.h. es kommt zwangsläufig immer wieder zur Bildung von Vermögensblasen, deren Entwertung, d.h. Wieder-Annäherung an real vorhandene Werte, dann in Form eines Crashes geschieht.

Ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1950 bis zum Jahr 2000 real auf das 7-fache gewachsen, so sind im gleichen Zeitraum die Geldvermögen real auf das 32-fache gewachsen. Doch Geldvermögen versprechen einen Anspruch auf aktuell oder zukünftig von der Wirtschaft produzierte Güter und Dienstleistungen.

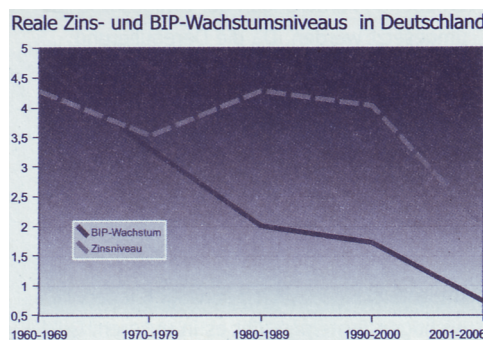
Wenn nun die Produktion dieser Güter und Dienstleistungen über einen langen Zeitraum wesentlich geringer wächst als das Geldvermögen, entsteht zwangsläufig eine Vermögensblase, die irgendwann platzen muss.

Warum wächst das Geldvermögen weltweit so viel schneller als die Realwirtschaft?

Zinsraten höher als Wachstumsraten

Einmal, weil die Zinsraten, mit denen die Geldvermögen wachsen, seit langem über den sinkenden Wachstumsraten der Wirtschaft liegen und wegen ihrer Umlaufsicherungsfunktion nicht marktmäßig weiter fallen können.

Seit den 70er Jahren liegt in Deutschland und anderen G7-Staaten das reale Zinsniveau über der realen Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft, wie ein Gutachten für den Deutschen Bundestag belegt:



Die Angaben entstammen dem Gutachten des Zentrums für Europäische Integrationsforschung in Bonn für die Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" (2002). Die Realzinsen sind auf Basis geschätzter Inflationserwartungen berechnet. Werte für den Zeitraum 2001-2006 sind vom Autor dieses Artikels analog berechnet und zugefügt.

Das Niveau der langfristigen Zinsen kann aus systemischen Gründen – trotz verhältnismäßig hohem Angebot an Spargeldern – nicht weiter sinken und sich den sinkenden Wachstumsraten der Wirtschaft anpassen. Denn ein

hohes Zinsniveau ist gleichzeitig zur Umlaufsicherung des US-\$ und des Euros notwendig.

Unser Geldkreislauf funktioniert nur, weil Geldbesitzer heute zur Anlage von langfristigem Sparkapital durch relativ hohe Zinsen angereizt werden, wenn sie ihr Geld nicht für Konsum ausgeben. Sinkt das langfristige Zinsniveau marktgerecht gegen null, legt niemand mehr sein Geld langfristig an, sondern hortet es einfach als Bar- oder Giralgeld.

Liquiditätsfalle

Entsprechend erhöhten sich zwischen 1999 und Mitte 2006 die täglich fälligen Einlagen bei monetären Finanzinstitutionen in Deutschland um 73 % (!) auf 728 Mrd. € (Dt. Bundesbank, Monatsbericht September 2006, Statistischer Teil S. 22).

Die zunehmend zu beobachtende Fristentransformation – d.h. die Banken erhalten immer mehr kurzfristige Geldanlagen, die sie jedoch als Kredit nur langfristig an den Staat und die Unternehmen ausleihen können – führte und führt zu einem hohen Risiko für das gesamte Finanzsystem. In der jetzigen Krise zeigen sich die Konsequenzen in Form von Zusammenbrüchen, da langfristig ausgegebene Kredite von den Banken kurzfristig nicht mehr refinanziert werden können.

Geldumlauf funktioniert nicht

Ein anderer Grund, weshalb das Geldvermögen schneller wächst als die Realwirtschaft, ist dass die mangelnde Effizienz der heutigen Umlaufsicherung zu stetig sinkenden Geldumlaufgeschwindigkeiten führt, die die Zen-

tralbanken zu einer Aufblähung der von ihnen herausgegebenen Geldmenge zwingt. Seit vielen Jahren (schleichend bereits seit Jahrzehnten) müssen die Zentralbanken wegen der sinkenden Umlaufgeschwindigkeit der gesetzlichen Zahlungsmittel jedes Jahr ca. 10 % mehr US-\$- und Euro-Banknoten emittieren, um den wachsenden Bargeldbedarf zu decken – bei Wachstumsraten der Realwirtschaft von nur bis zu 4 %.

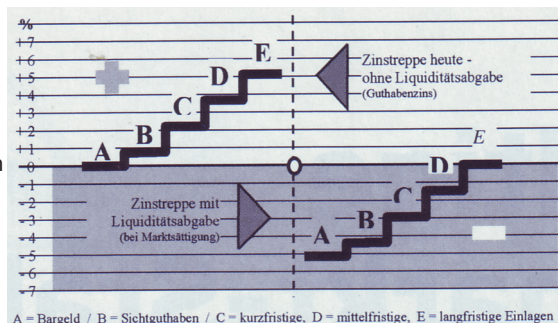
In kritischen Fachartikeln wird bereits länger gewarnt: „In Euroland, den USA, Großbritannien, Kanada und Japan wächst seit über fünf Jahren die Geldmenge zunehmend schneller als das Bruttoinlandsprodukt, so dass deren Wachstumsrate 2002 und 2003 bereits um mehr als zweimal bzw. dreimal so hoch lag. Das heißt: Es gibt viel zu viel Geld für viel zu wenig Güter.“ (Behlke, Ansgar, Polleit, Thorsten: Die Rückkehr der Inflation, Börsen-Zeitung, Frankfurt a.M., 11.09.2003) Die EZB warnte bereits selbst, dass sich diese Geldmengenaufblähung in Kursblasen auf den Immobilien- und Aktienmärkten niederschlagen könne. Doch angesichts der sinkenden Umlaufgeschwindigkeit des Euros blieb und bleibt ihr im derzeitigen Geldsystem gar nichts anderes übrig, als die Geldmenge stetig weiter aufzublähen.

Zusammenfassend liegt eine systematische Ursache des Krisenfaktors Vermögensblase also in der gleichzeitigen Funktion des Zinses als Marktpreis für langfristige Kredite und als Garant für den Geldkreislauf: Bei rückläufigem Wirtschaftswachstum müsste das langfristige Zinsniveau gegen null tendieren – dann jedoch könnte der Zins seine Funktion als Umlaufsicherung nicht mehr erfüllen.

Stabile Umlaufsicherung

Eine dauerhafte Stabilisierung unseres Geldsystems und unserer Vermögenswerte ist also nur denkbar, wenn diese beiden Funktionen zukünftig von zwei verschiedenen Instrumenten erfüllt werden, da der Zins allein sie bei sinkenden Wachstumsraten der Realwirtschaft nicht mehr gleichzeitig erfüllen kann. Eine gesondert vom Zinsmechanismus funktionierende Umlaufsicherung lässt sich z.B. durch eine Liquiditätsabgabe auf Bar- und Giralgeld einführen, die gezahlt werden muss, wenn Geld nicht für Konsum oder für Investitionen weitergegeben wird.

Die Grafik oben zeigt, wie sich dann die heutige Zinstreppe nach unten verschieben würde.



Die Umkehrung des Kreditmarkts von einem Verkäufer- hin zu einem Käufermarkt bedeutet, dass wir für die Vermögens-Transformations-Leistung (sprich: die Werterhaltung) der Unternehmer zukünftig immer weniger Zinsen verlangen können.

Sinkende Zinsniveaus erleichtern zukunfts-fähige Investitionen insbesondere im langfristigen ökologischen und sozialen Bereich, zudem reduzieren sie die systemische Umverteilung von Vermögen über den Zinsmechanismus in Höhe von deutschlandweit allein über 400 Mrd. Euro pro Jahr (siehe Deutsche Bundesbank, Monatsbericht September 2008, Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2007, S. 16).

Durch eine gleichmäßigere Verteilung der Vermögen wird wiederum eine stabile, auch durch Binnenkonsum gestützte Wirtschaft gefördert.

2. Krisenfaktor Deregulierung

Im globalen Finanzmarkt wurde Deregulierung zur Religion. Selbstverständlich hat diese Deregulierung das systemische Risiko der Finanzmärkte erhöht. In Fachkreisen und in der Öffentlichkeit werden aktuell viele Vorschläge zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte diskutiert. In absehbarer Zukunft werden hoffentlich viele der seit langem erhobenen Forderungen der Zivilgesellschaft umgesetzt werden. Da die Deregulierung aber nur einer von mehreren systemischen Krisenfaktoren ist, sichert die alleinige Beschäftigung hiermit auch zukünftig kein dauerhaft stabiles Finanzsystem.

3. Krisenfaktor Monokultur

Im Unterschied zu allen sonstigen lebenswichtigen Systemen gibt es in unserem Geldsystem weltweit praktisch eine Monokultur. Fällt das System aus oder leidet es an größeren Funktionsstörungen, haben wir kein zweites System zur Verfügung, wie es bei jedem sonstigen komplexen System zur Sicherheit längst technischer Standard ist. Alle international gebräuchlichen gesetzlichen Währungen sind nach ein und demselben Muster gebaut: Sie basieren auf dem Zinseszinsystem, gelten unbegrenzt und unterstützen Wachstumsprozesse. Alle schützenden,

begrenzenden Faktoren wie Kapitalverkehrskontrollen wurden in den letzten 30 Jahren fast komplett abgebaut.

Der Euro ist zwar von unschätzbarem Vorteil, was seine friedensstiftende und wachstumsfördernde Funktion in einem geeinten Europa angeht. Durch die grenzenlose Verknüpfung aller gesetzlichen Geldsysteme zu einer einzigen Monokultur fehlt es jedoch in Krisenzeiten an stabilisierenden mehrfachen Standbeinen, die negative Wirkungen abpuffern könnten.

Mehr Sicherheit durch Regiogeld

Komplementäre, d.h. die gesetzlichen Währungen ergänzende Parallelwährungen könnten zur dauerhaften Stabilisierung des Finanz- und Wirtschaftssystems beitragen. Regionen, die die Grundversorgung der Bevölkerung aus sich selbst heraus erfüllen können, sind weniger empfindlich gegenüber negativen globalen Entwicklungen. Wenn sie ihre regionalen Wirtschaftskreisläufe mit Hilfe regionaler Geldsysteme stärken, sind sie auch weniger empfindlich gegenüber globalen Finanzkrisen. Das in der aktuellen Krise verloren gegangene Vertrauen lässt sich aufgrund der hohen Transparenz am ehesten regional wieder aufbauen. Die Technologie zum Aufbau komplementärer regionaler Zahlungskreisläufe mit Konten- und Kartensystemen ist bereits vorhanden und erprobt. Dabei können auch die Erfahrungen professioneller Barterfirmen aus ganz Europa genutzt werden, deren teilnehmende Unternehmen einander zinslose Lieferantenkredite in komplementärer Währung einräumen. Viele dieser Barterfirmen haben sich im Verband IRTA zusammengeschlossen

Regiogelder, die nach den Qualitätskriterien des Verbandes Regiogeld e.V. (www.regiogeld.de) konzipiert sind, erfahren in Deutschland, der Schweiz und Österreich inzwischen eine Duldung durch die Aufsichtsbehörden und tragen zu einer Demokratisierung und Stabilisierung des Geldwesens bei. Wenn sich regionale Banken und Sparkassen neben ihrem bereits vorhandenen Engagement in der Führung regionaler Girokonten auch in die Entwicklung komplementärer Spar- und Kreditkreisläufe einbringen, können Regionalwährungen ihr volles Potential entwickeln.



Ralf Becker, Diplom-Kaufmann, hat u. a. im Kampagnenrat der Erlassjahr-Kampagne, im nationalen Nachhaltigkeitsrat und bei Misereor gearbeitet. Er hat an wichtigen Veröffentlichungen wie dem Club-of-Rome-Bericht „Money and Sustainability“ und der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ mitgewirkt. Heute ist er als Referent und freiberuflicher Berater von Regiogeld-Initiativen tätig.

„Ein Geldsystem mit Umlaufsicherung – das wäre das richtige System“

Mit „Let`s make money“ sorgt Erwin Wagenhofer inmitten der Finanzkrise für Furore. „Es ist der richtige Film zur richtigen Zeit“, meint der SPIEGEL. Seit Ende Oktober ist die Dokumentation in Deutschland und Österreich zu sehen. Anfang des Jahres soll sie auch in die Schweizer Kinos kommen. Je
ns
Hakenes hat mit dem engagierten Regisseur gesprochen.

Herr Wagenhofer, wie sind Sie denn auf die Idee zum Film gekommen?

Die kam bei einem Bankbesuch, als ich einen Werbeslogan las. Da stand die schlichte Zeile „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten.“ Dieser Slogan hat mich nicht losgelassen. Wenn man darüber nachdenkt, dann kommt man zu dem Schluss, dass Geld ja gar nicht arbeiten kann. Das können nur Menschen und Maschinen, vielleicht noch Tiere. Damit war die Idee geboren, sich genauer anzusehen, wie das da „arbeitet“.

„Würde dieses neue System sich durchsetzen, dann würde das Geld eben nicht von den Armen zu den Reichen gepumpt werden. Dann würde das Geld dorthin gepumpt werden, wo es gebraucht wird. Das wäre das richtige System.“

Erwin Wagenhofer

Hatten Sie sich schon vorher mit Finanz- oder Geldfragen beschäftigt?

Ich habe mich schon immer für politische Themen interessiert und versucht, das für mich einfach nachvollziehbar zu machen, Fragen zu verstehen, zum Beispiel, warum wir ständig Wirtschaftswachstum brauchen. In einer endlichen Welt soll die Wirtschaft unendlich wachsen – exponentiell, das kann ja irgendwie nicht funktionieren! Die Frage habe ich mir das erste Mal gestellt, als ich siebzehn Jahre alt war. Da habe ich sie meinem Vater gestellt und der hat das für mich nicht beantworten können, viele andere in der Zwischenzeit auch nicht. Ich kann es aber jetzt beantworten. Nicht wir – aus der Sicht der

reichen, saturierten, westlichen, nördlichen Welt – brauchen das Wachstum, sondern das Kapital braucht das Wachstum, damit seine Zinstilgung befriedigt wird.

Sie sind für den Film durch etliche Länder gereist und haben mit vielen, sehr unterschiedlichen Menschen geredet. Was war für Sie der erstaunlichste Moment bei der Recherche und den Dreharbeiten?

Der erstaunlichste Moment ist immer, dass es Leute gibt, die an diese Marktgläubigkeit glauben, an die Theorie des freien Marktes, wo die unsichtbare Hand alles regeln wird. Tatsache ist, dass es den Markt nicht gibt. Gäbe es den Markt, dann würden all diese bankrotten Banken jetzt einfach von der Bildfläche verschwinden. Aber die größten Marktbefürworter, wie auch der Chef der Deutschen Bank, die sind es, die jetzt nach dem Staat rufen, den sie so viele Jahre überhaupt nicht gewollt haben. Und jetzt soll der Staat, sprich wir alle, die Suppe auslöffeln, die sie uns eingebrockt haben.

Sie haben vor drei Jahren mit der Arbeit an „Let`s make money“ begonnen, der nun – gerade rechtzeitig – fertig geworden ist. War die Entwicklung für Sie absehbar oder ist der Zeitpunkt für den Kinostart Zufall?

Vor drei Jahren war von dieser Finanzkrise überhaupt nichts zu sehen, zumindest in der Öffentlichkeit, während hinter vorgehaltener Hand alle Experten sehr wohl gewusst haben, dass das nicht mehr lange gut gehen kann. Auch normale Menschen, die mit Wirtschaft oder Finanzwesen nicht so viel am Hut ha-

ben, müssen sich natürlich die Frage stellen, wie soll das funktionieren? Hohe Renditen bei einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von zwei, drei Prozent – Renditen von zehn, fünfzehn, zwanzig, fünfundzwanzig, ja,



fünfzig Prozent sind uns versprochen worden. Das kann nicht gut gehen.

War es nach Ihrem kritischen Film über die Lebensmittelindustrie („We feed the world“) schwierig, Gesprächspartner wie den Fondsmanager Mark Mobius für den neuen Film zu gewinnen?

Es ist zwar nicht so einfach, an sie heranzukommen, aber wir haben sie für den Film begeistert. Sie wussten auch genau, was das für ein Film ist, also es ist da nichts hinter vorgehaltener Hand passiert. Sie sagen ja auch nur das, was sie denken. Das ist deren Haltung und die respektiere ich auch. Bei den Armen ist es eigentlich immer relativ – unter Anführungszeichen – einfach. In einem Slum zum Beispiel gibt's einen Boss, den darf man nicht umgehen. *Fortsetzung auf Seite 20*

Die Bankenkrise ist in aller Munde – aber nicht ihre Ursache!

Als Erklärung für die sich überschlagenden Banken- und Finanzmarktkrisen werden die Probleme auf den Immobilienmärkten angeführt, die Spekulations-Exzesse und Steuerparadiese oder die Gier der Menschen, der wir das alles zu verdanken hätten. Aber die eigentliche Ursache, die Überentwicklung der Geldvermögen, wurde bisher kaum angesprochen.

Dabei ist die Dramatik dieser Überentwicklung seit Jahrzehnten kein Geheimnis, wie die Grafik zeigt! Vergleicht man die Entwicklungen der Einzelgrößen, dann sind die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1950 bis 2000 auf rund das 6-fache angestiegen, die der Nettolöhne aber nur auf das 3-fache. Die Zuwächse der Geldvermögen eskalierten dagegen auf das 26-fache!

Wachsende Ansprüche des Kapitals...

Wie durch die punktierten Trendlinien verdeutlicht, sind dabei die BIP-Größen langfristig in etwa linear angestiegen, die Zuwächse der Nettolöhne aber nur bis in die 80er Jahre, um anschließend sogar abzusinken! Die Geldvermögen wuchsen dagegen über den gesamten Zeitraum mit zunehmender Beschleunigung: Lagen die Zuwächse in den ersten drei Jahrzehnten noch beim Vier- bis Sechsfachen der Lohngrößen, erreichten sie in den 80er Jahren bereits das Zehnfache und in den 90er Jahren das 34-fache!

„Besonders problematisch sind diese Diskrepanzen, weil die Zinsbedienung der eskalierenden Geldvermögen und alle anderen Kapitalkosten genauso wie die Personal- und Materialkosten immer in die Preise eingehen. Das heißt, sie müssen immer von den Endverbrauchern bezahlt werden!“

Während in den 80er Jahren diese wachsenden Ansprüche des Geldkapitals die Lohnzuwächse der Arbeitenden bereits weitgehend aufgezehrt haben, konnten diese Ansprüche in den 90er Jahren nur noch durch Kürzungen

der Arbeitseinkommen befriedigt werden! Und dieser Umverteilungsprozess hat sich nach 2000 noch weiter verschärft. – Kein Wunder also, dass bei uns die Armut zunimmt und die Einkommens-Schere zwischen Arbeit und Besitz – trotz ständigen Wirtschaftswachstums – immer weiter auseinander geht!

...durch Überwachstum der Geldvermögen

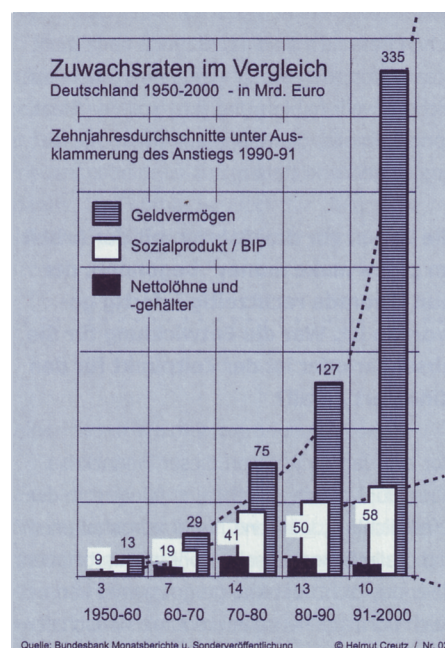
Dieses Überwachstum der Geldvermögen erklärt jedoch nicht nur den wachsenden Reichtum der Reichen und die Verdopplungen der Millionärs- und Milliardärszahlen alle paar Jahre, sondern auch den dauernden Wachstumszwang, zu dem unsere Volkswirtschaften – zur Milderung der sozialen Spannungen – verdammt sind, ohne Rücksicht auf die Um-

welt. Das Überwachstum erklärt ebenfalls, dass sich diese fast explosiv zunehmenden Geldvermögens-Massen, trotz Ausbreitung über den ganzen Globus, nur noch unzureichend in normalen Güterinvestitionen und/oder Staatsverschuldungen unterbringen lassen! Die Folge ist: Immer mehr Geld drängt Rendite suchend in die Spekulation, wodurch das gesamte Finanzsystem zunehmend labiler wird und, über immer rascher aufeinander folgende Börsen-, Immobilien- und Rohstoffbooms, zu einem totalen Zusammenbruch tendiert. Und wie die Staatseingriffe zeigen: Für die immer unabsehbaren Folgen müssen letztendlich die Bürger gerade stehen. In welchem Umfang das der Fall ist, lässt sich an den Größen der staatlichen Stützungsmaßnahmen ablesen.

Gerechte Verteilung des Reichtums...

Diese heutigen Entwicklungen ähneln immer mehr jenen in den zwanziger Jahren, die Marriner Eccles, unter Roosevelt Chef der US-Notenbank, wie folgt beschrieben hat:

„Bis 1929 und '30; also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise, hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet (...) und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen (...) Die Massenproduktion der modernen Industriegesellschaft beruht aber auf einem Massenkonsum, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus (...) um die Menschen mit einer Kaufkraft auszustatten, die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht.“



...durch Umlaufsicherung!

Diese notwendige gerechte Verteilung des Reichtums ist aber nur bei Zins- und Renditesätzen möglich, die im Gleichschritt mit den Sättigungen in der Wirtschaft gegen null heruntergehen! Um diese marktgerechte Absenkung der Zinssätze zu erreichen, bedarf es jedoch einer Umlaufsicherung des Geldes durch Kosten auf die Liquidität, wie sie von John Maynard Keynes bereits 1936 in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ vorgeschlagen wurde. Bezogen auf die Wirkung der von ihm als „carrying costs“ (Durchhaltungskosten) bezeichneten Umlaufsicherung, führte er darin u. a. aus, dass...

„...dies der vernünftigste Weg sein (würde), um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Veränderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuften Reich-



tum ergeben. Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht es zu einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht mehr wachsen."

Diese „Anhäufung“ durch die heute ständig positiven Zinsen und der Tatbestand, dass sich das „allmähliche Verschwinden“ der leistungslosen Einkommen mit den Sättigung-

gen der Märkte nicht genauso automatisch einstellt wie bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten, ist der zu überwindende Schwach- und Knackpunkt unseres heutigen Wirtschaftssystems, der uns gleichzeitig in den sozialen und ökologischen Zusammenbruch treibt!

“Die prekäre Situation in unseren Gesellschaften ist also nicht die Folge überzogener Ansprüche der Bürger an den Sozialstaat, sondern die der ständig zunehmenden Ansprüche des Kapitals an das Sozialprodukt!”

Es geht also nicht um eine Abschaffung der Marktwirtschaft, sondern letztlich um ihre Befreiung vom Kapitalismus!



Helmut Creutz, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks „Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ (2001). Im Jahr 2004 sind „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ erschienen. Beide Bücher sind auch als Hörbücher bei der INWO erhältlich.

Fortsetzung von Seite 5

Da muss man mit sehr viel Taktgefühl vorgehen. Schwieriger sind eher die Leute hier bei uns. Es ist uns nicht gelungen, mit Herrn Ackermann zu drehen. Wir hatten auch schon einen Termin, aber da hat die Presseabteilung im letzten Moment einen Riegel vorgeschoben.

Hatten Sie mit Ihrem heiklen Thema auch Schwierigkeiten oder sind bei den Dreharbeiten behindert worden?

Nein, das hat es nicht gegeben. Der Film ist ja nicht reißerisch gemacht. Das sind alles alltägliche Abläufe. Der Schrecken besteht ja darin, dass das alles ganz normal ist. In der City of London leben zwei Millionen Menschen vom Bankdienstleistungssektor. Die gehen

tagtäglich dieser Arbeit nach und entwickeln dann eben so Konstrukte wie Cross Border Leasing oder Private Equity. Selbst schaffen sie überhaupt keinen wirtschaftlichen Wert, sondern leben ausschließlich davon, dass Geld, also unsere Gelder, von A nach B nach C geschaufelt werden, um dort irgendwie Profit bringend angelegt zu werden. Dann entstehen so Krebsgeschwüre wie die spanische Immobilienblase.

Mit ihrem Film weisen Sie vor allem auf Probleme hin und bieten nun Organisationen wie der INWO die Möglichkeit, den Kinobesuchern Lösungsansätze aufzuzeigen. Sagt Ihnen denn die konstruktive Umlaufsicherung etwas, die für ein „fließendes Geld“ sorgen und

den Zwang zum Wirtschaftswachstum aufheben würde?

Ja, das kenne ich. Das ist eine super Sache, nur aus irgendeinem Grund setzt sich das nicht durch. Ist ja interessant, „warum, nicht wahr?“ Meiner Meinung nach liegt alles am Verteilungsproblem. Darum gibt es am Anfang auch die Sequenz mit dem Gold, wo sofort klar wird, wie das verteilt wird. Würde dieses neue System sich durchsetzen, dann würde das Geld eben nicht von den Armen zu den Reichen gepumpt werden. Dann würde das Geld dorthin gepumpt werden, wo es gebraucht wird. Das wäre das richtige System.

Mehr zum Film können Sie auf Seite 11 lesen.

Der Kapitalismus frisst seine Kunden – damals wie heute

Seit Beginn der gegenwärtigen Finanzmarktkrise wird häufig auf die schwere Deflation im vorigen Jahrhundert hingewiesen und eine Wiederholung befürchtet. Wie konnte es damals zu einer so katastrophalen Entwicklung in Deutschland kommen, die auch in den USA ihren Anfang genommen hatte?

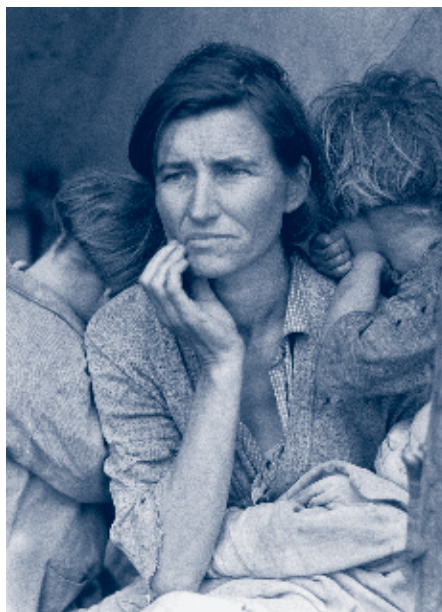
Nach dem Chaos der Super-Inflation der Jahre 1922/23 hatte die praktische Handhabung der Rentenmark in der Zeit von November 1923 bis August 1924 bewiesen, wovon etliche Geldtheoretiker und Währungsreformer schon längst überzeugt waren: Gold ist als Mittel zur Stabilisierung der Währung überflüssig. Dennoch gab es in Bankenkreisen einflussreiche Persönlichkeiten, die sich für eine Wiedereinführung der Goldwährung einsetzten. Die neue Bankgesetzgebung vom 30.8.1924 verpflichtete die deutsche Reichsbank, die von ihr in Umlauf gegebene Geldmenge zu 40% durch Gold und Devisen zu decken, zu mindestens 30% durch Gold (§ 28 Reichsbankgesetz).

In den Young-Plan-Verhandlungen (1929/30) wurde die Goldwährung für Deutschland bestätigt, und es wurde festgelegt: Vom Ausland empfangene Kredite sollten in Gold zurückgezahlt werden.

In den USA setzte damals eine Wirtschaftskrise ein. Die in den 20er Jahren stark gesteigerte Produktivität ging mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit einher. Die vor allem geldsystem-bedingte Umverteilung von unten nach oben war bereits so weit fortgeschritten, dass die fehlende Kaufkraft der breiten Masse zu starken Absatzstockungen führte. Marriener Eccles, der dann unter Roosevelt Chef der US-Notenbank wurde, sprach von einer „gewaltigen Saugpumpe“, die einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet habe (siehe hierzu sein Zitat auf S. 6).

Ähnlich wie heute, konnte der Absatz der Produkte nur über Konsumkredite gewährleistet werden, was natürlich keine wirkliche

Lösung darstellte, sondern die Gefahren noch vergrößerte. So wie in der jetzigen Krise oft von einem „Finanzcasino“ die Rede ist, verglich Eccles auch die damalige Situation schon mit einem riskanten Glücksspiel: „Wie in einem Pokerspiel, wo sich die Chips in immer weniger Händen konzentrieren, konnten die übrigen Spieler nur noch weiter machen,



Zur Zeit der großen Depression waren viele Amerikaner heimatlos - wie hier die 32-jährige Wanderarbeiterin Florence Thomson, Mutter von sieben Kindern. Heute verlieren wieder viele ihr Zuhause.

indem sie Schulden machten. Gab man ihnen keinen Kredit mehr, war es auch mit dem Spiel zu Ende.“

Bald nach dem Sturz der Aktienkurse an der New Yorker Börse und dem Einsetzen der Wirtschaftskrise wurden Auslandskredite aus Deutschland abgerufen. Aufgrund der vertraglichen Vereinbarung verlor die Reichsbank von Mitte 1930 bis Mitte 1931 mehr als die

Hälfte ihres Gold- und Devisenbestandes, allein in den Monaten Mai bis Juli 1931 im Wert von zwei Milliarden Reichsmark. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen lösten folgende Maßnahmen der Reichsbank in Deutschland eine Super-Deflation mit Massenarbeitslosigkeit aus:

Geldverknappung

Um das vorgeschriebene Deckungsverhältnis einzuhalten, setzte Reichsbankpräsident Luther eine verhängnisvolle Restriktionspolitik durch: Kreditverteuerung, schrittweise Erhöhung des Diskontsatzes bis auf 20 Prozent! Also Kreditverknappung. Und der Umlauf von Reichsbanknoten wurde von Ende 1929 bis Ende 1932 um 30 Prozent verringert! Dadurch wurde das durch den ersten Weltkrieg ohnehin schon geschwächte Wirtschaftsleben noch mehr gebremst. Das allgemeine Preisniveau sank. Es stellten sich Absatzstockungen ein, die in der Folge zur Drosselung der Produktion und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit führten. Hinzu kam: Ein durch Geldverknappung verursachtes Sinken des Preisniveaus wird zum Selbstläufer: In Erwartung weiter fallender Preise schieben Konsumenten einen Teil ihrer Einkäufe möglichst weit hinaus.

Einige der Notverordnungen der Regierung Brüning verstärkten noch die Deflation, insbesondere die rigorose Spar- und Kürzungsverordnung vom 8.12.1931, mit der versucht wurde, die öffentlichen Ausgaben den sinkenden Steuereinnahmen und fallenden Preisen anzupassen. Unzureichende Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft also ließ Produktion und Verbrauch zusammenbrechen und die Zahl der Arbeitslosen auf über 6 Millionen (1932) steigen.

Problematische Golddeckung

Die Restriktionspolitik war absurd. Die Deckungsvorschriften hätten nicht weiter beachtet werden dürfen, für die inländische Geldversorgung hätte auf die ohnehin unnötige Golddeckung verzichtet werden müssen. England hat sich im September 1931 aus dem internationalen System des Goldstandards gelöst. Für ein gleiches Vorgehen zwecks Vermeidung einer Deflation hätte Deutschland im Ausland sicher Verständnis gefunden, denn an einem Niedergang der deutschen Wirtschaft und einem Ausbleiben der 1919 im Versailler Friedensvertrag festgelegten Wiedergutmachungszahlungen konnte anderen Nationen nicht gelegen sein.

Und welche weiteren Maßnahmen wären erforderlich gewesen? Zinsen senken, billige Kredite ermöglichen, die Geldmenge ausweiten. Damit wären die Voraussetzungen geschaffen worden für eine Ankurbelung der Konjunktur und den Abbau der Arbeitslosigkeit, ohne dass damit die so sehr gefürchteten Inflationsgefahren ausgelöst worden wären. Zahlreiche Vorschläge für die Ausweitung des inländischen Bankkredits, für Kreditausweitung zur Arbeitsbeschaffung, für eine kräftige staatliche Initialzündung, wurden von der Regierung abgelehnt.

Krisenursachen heute

Eine derartige verhängnisvolle Politik, wie sie von der Regierung Brüning und der Reichsbank verfolgt wurde, kommt heute selbstverständlich nicht mehr in Betracht. Zum einen ist im Unterschied zur Reichsmark unsere Währung nicht an eine Gold- und Devisendeckung gebunden. Zum anderen: In der jetzigen Krise bieten Zentralbank und Regierung große Geldsummen an, die in Liquiditätengpässe geratene Banken bei Bedarf in Anspruch nehmen können. Auch übernimmt der Staat Bürgschaften, damit das Vertrauen der Banken untereinander wieder hergestellt wird, der Geldmarkt wieder funktioniert, die Wirtschaft weiterhin ausreichend mit Krediten versorgt werden kann und Spareinlagen gesichert sind. Das allein dürfte aber für die Zukunft nicht genügen.

Unersättlich wirken die Reichen, denen ein immer größerer Anteil der Wirtschaftsleistung zufließt (Honoré Daumier karikierte den letzten französischen „Bürgerkönig“ Louis-Philippe I., der das Motto „Enrichissez-vous“ („Bereichern Sie sich“) verkörperte



Wo vor allem liegen die heutigen Probleme? Was zunächst auffällt, sind die gewaltigen Schuldenberge und die damit verbundenen Zinslasten; ferner – die Kehrseite der Medaille – die im Laufe der Jahrzehnte entstandene, weit über die Leistungen der Realwirtschaft hinausgehende Akkumulation der Geldvermögen. Diese können in dem Umfang gar nicht mehr im Inland investiert werden, beteiligen sich daher zum Beispiel an ausbeuterischen Projekten in der Dritten Welt und fließen zum Teil in die Spekulation. Banken verführen Kunden zu risikoreichen Geldanlagen und vergeben leichtfertig Kredite gegen unzureichende Sicherheiten, was ihnen Verluste einbringt, wenn Schuldner nicht mehr tilgen können und der Wert des verpfändeten Schuldner-Eigentums fällt, wie jüngst in den USA.

Hinzu kommt das Zurückbleiben der Massenkaukraft hinter dem Wachstum der Geldvermögen, das bei einer Minderheit konzentriert ist. Ein zu großer Teil der Wirtschaftsleistung muss für den Kapitaldienst abgezweigt werden. „Der Kapitalismus frisst seine Kunden“ (Peter Rühmkorf). Der Wirtschaft droht eine Rezession.

Was ist zu tun?

Auf Dauer kann es nicht genügen, Banken mit frischem Geld zu helfen und schärfere Kontrollen einzuführen. Gewinne aus Kapital müssen zugunsten der Arbeitseinkommen den Marktverhältnissen gemäß gegen null sinken können. Die Möglichkeit, Liquidität zurückzuhalten, lässt eine solche Entwicklung bisher nicht zu – das ist die tiefere Ursache der Akkumulation der Geldvermögen und Schulden sowie der Krisen im Finanzmarkt- und Produktionssektor. Zurückhaltung von Liquidität bzw. Geldhortung müsste durch Erhebung von Gebühren verhindert werden. Falls in dieser Richtung auf europäischer Ebene ordnungspolitisch kein Umdenken erfolgt und im Wesentlichen alles beim Alten bleibt, ist eine sozial gerechte Marktwirtschaft nicht zu realisieren und dürfte eine schwere Wirtschaftskrise auf Dauer nicht zu verhindern sein.



Josef Hüwe, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) hat für ihre Ausgabe am 07.11.2008 Prof. Margrit Kennedy zur Finanzkrise und deren Ursachen befragt. Kennedy spricht sich unter anderem für eine Liquiditätsabgabe aus, wie sie auch die INWO vorschlägt: „Eine Stabilisierung des Finanzsystems ließe sich beispielsweise durch die Erhebung einer Liquiditätsabgabe erreichen. Je länger jemand Bar- oder Giralgeld hält, desto mehr verliert es an Wert. Dadurch wird ein Anreiz geschaffen, Geld auch bei einem Zinsniveau langfristiger Sparanlagen um null Prozent dem produktiven Kreislauf zuzuführen, wenn man es nicht für Konsum ausgeben möchte. So könnte der Zinssatz für langfristige Sparanlagen und Kredite marktmäßig auf das Niveau des realen Wirtschaftswachstums absinken. Die Allokati-

onsfunktion des Zinses bliebe erhalten, seine Umlaufsicherungsfunktion jedoch würde eine Liquiditätsabgabe übernehmen.“

In einem weiteren Interview mit Margrit Kennedy für die **Süddeutsche Zeitung (SZ)** vom 11.11.2008 war zu lesen: „Wir sind als Menschheit gerade dabei, einen riesigen Entwicklungssprung zu tun. Diese Krise, welche die herkömmliche Ökonomie nicht vorausgesehen hat und für die sie bisher auch keine wirklich systemverändernden stabilisierenden Maßnahmen vorschlagen kann, wird in kurzer Zeit alle theoretischen Grundlagen erschüttern und damit ermöglichen, neue Wege zu gehen. Das Thema Geld ist ein wichtiger Teil dieses Bewusstseinswandels. Entweder wir ändern unsere Strukturen und unser Denken, oder wir werden als Spezies schlicht nicht überleben.“

In einem Artikel für die Wochenzeitung **„Freitag“** vom 06.1.2008 schreibt Eugen Drewermann über eine „irreführende Hoffnung“ durch staatliche Konjunkturhilfen und über das problematische Wachstum von Vermögen. Außerdem zeige sich überdeutlich, was Kapitalismus im Prinzip bedeute: „maximale Profitsteigerung durch maximale Ausbeutung von Menschen und natürlichen Ressourcen. Nicht private Gier ist der Grund, sondern das Ausleseprinzip eines Wettbewerbs der wechselseitigen Vernichtung.“ Der Kirchenkritiker und Autor („Von der Macht des Geldes“) betont,

dass das Geldsystem geändert werden muss und dass zusätzliche Regulierung nicht ausreicht: „Die Sache will man staatlich besser beaufsichtigen, aber das Kreditgeschäft selbst ist der Fehler. (...) Zinsen sind die effektivste Methode, nach der sich Eigentum von unten nach oben permanent umverteilen lässt. Man braucht etwa 150.000 Euro auf der Bank, um vom Zinssystem zu profitieren.“

In einem Gastkommentar für die **Berliner Zeitung** am 18.10.2008 fordert Stephan Schulmeister, Wirtschaftsforscher aus Wien, eine Senkung des Zinssatzes auf nahe null Prozent. Damit und mit Teilen seiner Analyse stützt er die Anliegen der INWO. „Nötig ist (...) eine Senkung des Euroleitzinssatzes auf nahe null Prozent - nur so kann erreicht werden, dass die Kreditzinsen die Wachstumsrate nicht nennenswert übersteigen.“ Schulmeister nennt in seinem Kommentar Kriterien für das von ihm vorgeschlagene Maßnahmenpaket, darunter dies: „Die Teilverstaatlichung von Banken sollte nicht als ‚Notlösung‘ hingenommen, sondern als Chance begriffen werden, den Finanzsektor wieder zu einem ‚Diener der Realwirtschaft‘ zu machen: Ihre Kernaufgabe ist die Finanzierung von Investitionen und nicht Finanzspekulation.“ Sein Fazit: „Die Krise stellt eine enorme Herausforderung für die Politik dar. Um ihr gewachsen zu sein, werden die Eliten etwas schaffen müssen, was am Ende einer Sackgasse am schwersten ist: Einsehen, dass man in vieler Hinsicht einen Irrweg gewählt hat.“

Termine

04.02.2009, 18.15 – 20.00 Uhr
Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg,
Raum A5 – 0 – 054

Weisheitsschätze für solidarisches Wirtschaften bei Juden, Christen und Muslimen

Prof. Dr. em. Roland Geitmann, FH Kehl, im Rahmen der Ringvorlesung „Postwachstumsökonomie“

13.-15.02.2009

St. Arbogast (Österreich)

Vernetzungstreffen Regiogeld e.V. in Kooperation mit dem Talentetauschkreis Vorarlberg

Infos: www.regiogeld.de/, annika.pietsch@regiogeld.de, +49 (0) 391 5058116

06.-08.03.2009

Berlin, Technische Universität

Attac-Kapitalismuskongress (Kapi-Kon): No Exit? Kapitalismus am Ende?

Eröffnungs- und Abschlussplenum, Foren mit Podiumsdiskussionen, Arbeitsgruppen u.a. zu „Ende des Finanzkapitalismus - Ursachen und Alternativen“, „Kapitalismus und Ökologie“

Infos: www.attac.de/aktuell/kapikon/, info@attac.de, + 49 (0) 69 90028110

06.-08.03.2009

Warburg-Germete

CGW-Mitgliedertagung 2009

Infos: www.cgw.de/, info@cgw.de, +49 (0) 30 8312717

Einladung zum 1. NRW-weiten INWO-Treffen

Hiermit laden wir alle INWO-Aktiven, alle INWO-Mitglieder und alle Interessierten zu einem Treffen der INWO NRW ein – am 17. Januar 2009, von 10 bis 18 Uhr in der Silvio Gesell-Tagungsstätte, 42111 Wuppertal, Schanzenweg 86 (www.INWO.de/SGT).

Im Vordergrund soll das gegenseitige Kennenlernen stehen. Die Inhalte werden von allen gemeinsam gestaltet. Es können Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen entstehen oder Projekte/Aktionen initiiert werden. Bei Interesse wollen wir den Abend im gemütlichen Beisammensein ausklingen lassen.

Wir bitten um eine Anmeldung bei Andreas Bangemann (andreas@bangemann.de oder +49 (0)2053 423766), damit Mittagessen oder ggf. auch Übernachtungen eingeplant werden können.

Wir wünschen uns eine große Teilnehmerzahl und freuen uns darauf, neue Leute kennen zu lernen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Dirk Grabowski, dirkgrabowski@online.de, +49 (0) 2262 729985;
Torsten Kries, torsten.kries@gmx.de, +49 (0) 201 84379256

Mit dem Film „Let's make money "auf die FAIRCONOMY aufmerksam machen!

Als einer der ersten Kooperationspartner des Films war die INWO zu den sechs Vorabauufführungen (Previews) Mitte Oktober eingeladen. An allen Orten war die INWO mit Infoständen oder -material vertreten. Außerdem nahmen Vertreter der INWO oder befreundeter Organisationen (mit Ausnahme von Frankfurt am Main) an den anschließenden Diskussionsrunden in den Kinos teil: in Berlin Ralf Becker, in Hamburg Michael Hönnig und Dirk C. Fleck („Das Tahiti-Projekt“), in Köln Klaus Popp, in München Eric Bihl (Equilibrium e.V.) und in Dresden Alwine Schreiber-Martens.



INWO-Finanzexperte Ralf Becker in der N24-Nachrichtensendung

Auch zur feierlichen Premiere im Berliner Delphi-Filmpalast war die INWO vertreten. Jens Hakenes, der die Kooperation koordiniert, nutzte die Gelegenheit, um Kontakte zu Hermann Scheer (Alternativer Nobelpreisträger) aufzuwärmen oder neue zu knüpfen, wie beispielsweise mit Regisseur Erwin Wagenhofer. Weitere Fotos zur Premiere und den Previews sind abrufbar unter <http://www.INWO.de/intern>.

Schon vor dem Kinostart am Weltpartag (und einen Tag später in Österreich) hatte der Film für einige Furore gesorgt. Zahlreiche Medien berichteten über die Dokumentation und veröffentlichten überwiegend sehr positive Kritiken. So ist bei Filmstarts.de zu lesen: „Mit ‚Let's Make Money‘ ist Erwin Wagenhofer eine beinahe geniale Analyse des heutigen neoliberalistischen Finanzsystems gelungen.“ Die ARD-Sendung „titel thesen temperamente“ urteilte: „Let's Make Money ist wahrlich keine freundliche Kundenberatung am Bankschalter in Zeiten der Finanzkrise. Der Film ist eine eindringliche Gewinnwarnung an die Gesellschaft. Denn 20 Prozent Rendite sind auf Dauer ein todsicheres Geschäft für die Menschheit.“

Kino-Zeit.de schrieb: „Dem Zuschauer gibt Let's Make Money eine gehörige Portion Denkmateriale auf den Weg“ – passenderweise haben die nur die Probleme beschreibenden Filmemacher deswegen den Kooperationspartnern die Möglichkeit eingeräumt, über Lösungsansätze zu informieren. Neben den Veranstaltungen im Kino gibt es dazu Flyer

und eine Internetseite (<http://www.letsmakemoney.info>), auf denen die INWO mit Logo und Informationen wie aktuellen Terminhinweisen vertreten ist.

Unter anderem haben die INWO-Regionalgruppen in Bremen, Essen und Köln bereits die Gelegenheit genutzt und bei den Kinobesuchern für die INWO geworben – beispielsweise, indem INWO-Flyer oder Einleger vor dem Kino oder gar gleich an der Kinokasse mit der Eintrittskarte verteilt wurden. Damit konnten bereits viele neue Interessenten für Vorträge und Seminare gewonnen werden. Auch der Versand registriert seit Mitte Oktober eine deutliche Zunahme der Bestellungen und Anfragen wie auch von Neumitgliedern.

Dazu beigetragen haben die zusätzlichen INWO-Angebote zum Film. Auf der Internetseite gibt es neben dem Buch „Let's make money“ auch Informationen, die erste Fragen zum Film beantworten, und zahlreiche neue Videos, unter anderem mit Filmausschnitten, und ein Interview mit Filmemacher Erwin Wagenhofer. Die neuen „Rettungspakete“ der INWO können bei weiteren Aktionen zum Film auch als günstige (leere) Dekoration genutzt werden. Vorlagen dazu gibt es ebenfalls unter <http://www.INWO.de/intern> und beim INWO-Büro/Versand.

Das bisher erfreulichste Ergebnis der Kooperation war die Einladung von Ralf Becker, der die INWO bei der Diskussion nach der Berliner Preview vertreten hatte, zum Fernsehstudio der N24. Dort wurde er als INWO-Finanzexperte im Nachrichtenstudio live zum Rettungspaket des Bundes befragt (ebenfalls unter <http://www.INWO.de/Videos> abrufbar).



Erich Lange, 2. Vorsitzender der INWO, mit Regisseur Erwin Wagenhofer

Neues vom alten Vorstand

Bei der ersten **Telefonkonferenz (28.09.)** des (bisherigen) Vorstands nach der Ankündigung seines Rücktritts und Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung (aoMV) gab es zunächst Berichte über die Strukturdiskussion beim Aktiventreffen, den neuen Standpunkt „Fließendes Geld“ und den Verzicht auf größere Änderungen an der Zeitschrift bis Jahresende. Besprochen wurden außerdem die Vorbereitungen für die aoMV und die Aufgabenverteilung dazu sowie die angelaufene Kooperation zum Kinofilm „Let's make money“. Außerdem wurden Anträge auf ordentliche Mitgliedschaft beschlossen und protokolliert, ebenso der Beschluss des Vorstands, die AG INWO-Laden für gescheitert zu erklären.

Bei der letzten **Telefonkonferenz (02.11.)** des (bisherigen) Vorstands vor der aoMV wurde über die Kooperation, Aktionen und die ersten Rückmeldungen zum

Kinofilm „Let's make money“ berichtet. Die aoMV wurde vorbereitet sowie die anschließende Übergabe und die Aufrechterhaltung von Versand und Kasse bis Jahresende besprochen. Außerdem hat der Vorstand über die fristgerecht eingegangenen Anträge auf ordentliche Mitgliedschaft abgestimmt.

Der **Jahresbericht 2008** des bisherigen Vorstands ist seit Anfang November im Internet unter <http://www.INWO.de/Vorstand> und beim Versand der INWO erhältlich. Der bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung zurückgetretene Vorstand der INWO bedankt sich herzlich bei allen Mitgliedern für die konstruktive Mitarbeit im Jahr 2008, auch für die Unterstützung in den vergangenen Jahren! Wolfgang Berger, Jens Hakenes, Hannes Eichinger, Alwine Schreiber-Martens und Helmut Rau wünschen dem neuen Vorstand Entschlossenheit und Erfolg.

Ergebnisse der außerordentlichen Mitgliederversammlung

Fast 60 Mitglieder fanden sich am 8. November in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal ein. Unter der Versammlungsleitung von Peter Klement wurden neben den in der Einladung genannten Tagesordnungspunkten noch fünf fristgerecht eingereichte Anträge behandelt.

In den Berichten fanden zahlreiche Aktivitäten seit der letzten MV im März 2008 Erwähnung. Wolfgang Berger hat zehn erfolgreiche Vorträge gehalten, bei denen er viele neue Mitglieder gewinnen konnte. Bis zum 5.11. sind 134 Neumitglieder aufgenommen worden. Derzeit hat unser Verein 970 Mitglieder. Jens Hakenes berichtete u.a. über die Weiterentwicklung der Internetseiten (z.B. Videobereich) und die Kooperationen, vor allem mit dem Bündnis „Bahn für alle“ und dem Film „Let's make money“. In Bezug auf den Versand erwarten wir für 2008 einen Rekordumsatz. Insbesondere die DVDs „Der Geist des Geldes“ und „Der große Ausverkauf“ haben großen Absatz gefunden. Dagegen war der Verkauf von Büchern rückläufig.

Alwine Schreiber-Martens erwähnte insbesondere die Kontakte zum Netzwerk Grundeinkommen. Sie hob die von den Berlinern organisierte Podiumsdiskussion zum Thema Freiwirtschaft und Grundeinkommen, den von ihr mitgestalteten Workshop auf dem Grundeinkommenskongress, die Birkenwerder-Tagung zur Solidarischen Ökonomie, die Podiumsdiskussionen anlässlich der Premiere von „Let's

make money“ sowie die Mündener Gespräche hervor. Auch angesichts der guten Kassenführung von Hannes Eichinger wurde der alte Vorstand mit großer Mehrheit entlastet. Der gesamte Jahresbericht 2008 des alten Vorstands ist unter <http://www.INWO.de/Vorstand>

Da jedoch der alte Vorstand geschlossen zurücktrat, waren Neuwahlen notwendig, aus der Frank Bohner als 1. Vorsitzender, Erich Lange als 2. Vorsitzender und Ralf Gelz als Kassierer hervorgingen, nachdem zuvor verschiedene Vorstandsmodelle („administrativ“ vs. „initiativ“) diskutiert worden waren.

Weitere Ergebnisse der Mitgliederversammlung:

Michael Hönnig erklärte sich bereit, wissenschaftliche Arbeiten und Hinweise auf wichtige Fragen der Geldproblematik zu sammeln und an den World Future Council (Weltzukunftsrat), weiterzuleiten, der sich im Jahr 2009 dem Thema Geld widmen will. Kontakt: michael@hoennig.de

Ralf Becker regte an, dass der neue Vorstand einen Prozess der Namensänderung in „Initiative für nachhaltige Wirtschaftsordnung“ einleitet. Ein Stimmungsbild ergab, dass die Mehrheit der Anwesenden dafür war, das Thema bei der nächsten MV zu behandeln.

Ein Antrag von Kornelia Halach auf erneute Behandlung des Seminarvertrags mit Klaus Popp (inkl. Evaluierung) bei der nächsten MV wurde angenommen. Klaus Popp will auf der nächsten MV ein Seminarkonzept vorlegen, über das die Mitglieder dann entscheiden sollen. Bis dahin soll auf Vorschlag von Frank Bohner ein unbefristeter Vertrag mit dreimonatiger Kündigungsfrist für beide Seiten geschlossen werden.

In einer ausführlichen Diskussion über den geplanten INWO-Laden in Berlin wurde deutlich, dass für die meisten Mitglieder bisher kein klares Konzept erkennbar ist. Mehrheitlich wird jedoch ein solches erwartet, da mit dem Projekt erhebliche Kosten verbunden sind. Ein Konzept soll auf der nächsten MV vorgestellt und zur Abstimmung gestellt werden.

Der Vorschlag von Hannes Eichinger, die Regionalgruppen dadurch zu fördern, dass in Zukunft Kosten wie Raum-miete und Kopierkosten vorrangig von der INWO übernommen werden, wurde zur Ausarbeitung an den neuen Vorstand überwiesen.

Am Sonntagmorgen wurde dann noch ausführlich über den Tagesordnungspunkt „Strukturreform“ diskutiert. Hierzu lag ein Antrag von Thomas Nolte vor. Seine Initiative wurde zwar begrüßt, der Antrag jedoch zunächst abgelehnt. Es wurden Zweifel laut, ob der Aufbau von Landesverbänden derzeit für die INWO ein geeigneter Weg ist. Der Punkt „Strukturreform“ wird jedoch bei der nächsten MV wieder auf der Tagesordnung stehen und auch der Vorschlag von Thomas Nolte soll in der zukünftigen Diskussion berücksichtigt werden.

Neuer Vorstand mit neuen Ideen für die INWO Deutschland

Zunächst möchten wir uns für das uns bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 8. und 9. November (aoMV) entgegengebrachte Vertrauen der anwesenden Mitglieder bedanken und hoffen, dass der nicht Anwesenden ebenfalls in der Zukunft gewinnen zu können. Außerdem möchten wir dem alten Vorstandsteam sowie den Mitgliedern des eVorstands für deren engagierter Arbeit danken.

Der neue Vorstand besteht nur noch aus der satzungsmäßig vorgeschriebenen Mindestanzahl von drei Personen. Frank Bohner (1. Vorsitzender) lehrt an einer Stuttgarter Berufsschule, Erich Lange (2. Vorsitzender) arbeitet seit 1982 im Volkswagenwerk Baunatal und gehört dort zum IGM-Betriebsrat und Ralf Gelz (Kassierer) arbeitet im Controlling eines Maschinenbauunternehmens.

Um die begonnene Arbeit nun auf eine breitere Basis zu stellen, liegt unser mittelfristiges Ziel für die INWO primär darin, nun auch auf breiter Mitgliederebene eine Partizipation ohne Hürden, sowohl in den Meinungsbildungsprozessen als auch im praktischen Engagement, zu erreichen. Bis es soweit ist, müssen wir zunächst jedoch sehr praktische Hürden, z. B. in der bestehenden Internet-Präsenz nehmen, da das Medium einer solchen Partizipation natürlich vornehmlich das Internet sein wird.

Wir wollen jedoch auch die nicht ans Internet angeschlossenen Mitglieder in diesen Prozess mit einbeziehen, dann aber auf „klassischem“ Weg, der ebenfalls noch genauer ausgearbeitet werden muss. Vorläufig wird das entscheidende Gremium der Zusammenarbeit das Aktiventreffen sein; ein solches werden wir wahrscheinlich vom 23.-25. Januar 2009 durchführen. Hierzu ist jeder, der sich ein-

bringen will, herzlich eingeladen. Wir werden darüber noch ausführlicher informieren, wenn die Planung steht.

Ferner erscheint es uns wichtig, uns – und damit meinen wir alle Mitglieder – in einem mehrstufigen Prozess noch einmal über das Profil und Selbstverständnis der INWO Gedanken zu machen und hierauf aufbauend dann die Aktivitäten auszurichten.

Wir hoffen, dass diese Vision einer durchgängigen Kommunikation, Entscheidungsfindung und Beteiligung zumindest vieler Mitglieder auch die Unterstützung von Ihnen allen findet und wir so gemeinsam diskutieren und entscheiden lernen. Unser Ziel ist es, mehr Mitglieder in die Aktivitäten einzubeziehen, und so eine Kultur des Mitmachens zu prägen.

Da diese Arbeitsweise von der aktuellen Satzung nicht mehr wirklich widerspiegelt wird, erscheint es uns wichtig, die Strukturen zu überdenken und solche auszuarbeiten, die der Arbeitsweise und dem Selbstverständnis der Mitglieder stärker gerecht werden. Schon jetzt verstehen wir uns nicht in den Rollen der noch aktuellen Satzung, sondern arbeiten als Team gleichberechtigt, auch wenn wir uns natürlich an die Satzungsvorgaben halten, solange diese noch gelten.

Kontakt für Fragen und Rückmeldungen: INWO Deutschland, Sambach 180, 96178 Pommersfelden, Telefon: (09502) 924740, Fax: (09502) 924810, E-Mail: INWO@INWO.de.

Die Vorstandsmitglieder sind persönlich zu erreichen unter: Frank.Bohner@INWO.de, Erich.Lange@INWO.de und Ralf.Gelz@INWO.de



Frank Bohner (1. Vorsitzender)



Erich Lange (2. Vorsitzender)



Ralf Gelz (Kassierer)

Zum 80. Geburtstag von Hansjürg Weder

„Ein Kämpfer für eine bessere Umwelt“ - so überschreibt Markus Vogt in der Basellandschaftlichen Zeitung einen Bericht über den ehemaligen Landesring-Nationalrat, AKW-Verhinderer, Tierschützer und Freiwirtschaftler Hansjürg Weder, der am 10. August 2008 in Basel seinen 80. Geburtstag feiern konnte. Und weiter: „Das muss ihm zuerst einer nachmachen: Hansjürg Weder blickt auf insgesamt 48 Parlamentsjahre zurück. 24 Jahre im Basler Grossen Rat und je 12 Jahre im Bürger-Gemeinderat von Basel sowie im Nationalrat. Dies für den Landesring der Unabhängigen (LdU), für eine Partei, die vor allem in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts eine wesentliche Rolle spielte.“

Hansjürg Weder kämpfte gegen Atomkraftwerke und gehörte im April 1975 zu den Ersten, die das Gelände besetzten, auf dem das AKW Kaiseraugst gebaut werden sollte. Er kämpft aber auch gegen die „Verbetonierung“ unseres Lebensraumes, gegen die Luftverpestung, gegen das Gift in Boden, Luft und Wasser, gegen das Sterben der Wälder, gegen private und staatliche Monopole, Kartelle und Trusts. Er kämpft also für ein menschenwürdiges Dasein, für mehr Wohnlichkeit, für mehr Solidarität und

„regelrecht drangsaliert“, wird berichtet. Dies tat er jedoch ohne den sektenhaften Fanatismus heutiger Tierbefreier. Konsequenterweise ist Weder mit 54 Jahren auch Vegetarier geworden.

Als Sechzehnjähriger begegnete er den Freiwirtschaftlern in Basel, deren Leitung der damalige Architekt Hans Bernoulli innehatte. Für Hansjürg Weder ist die Freiwirtschaftslehre auch heute noch das einzige zukunftssträchtige Wirtschaftssystem. Die Freiwirtschaftler fordern eine Bodenrechtsreform, damit der Besitz von Grund und Boden nicht mehr als Spekulationsobjekt missbraucht werden kann. Sie fordern zudem ein anderes Geldsystem, damit das Geld nicht mit Zins und Zinseszins vermehrt, sondern nur noch zum Wohl der Allgemeinheit verwendet werden kann. Die Basler Zeitung schreibt: „Als Finanzpolitiker und Mitglied der nationalrätlichen Finanzkommission warnte Weder vor wachsender Staatsverschuldung und schlug mit einer Motion vor, die Hälfte der Goldreserven der Nationalbank zu verkaufen und den Ertrag daraus in Bundesobligationen zu investieren. Aber erst als die gleiche Idee von bürgerlichen Politikern aufgegriffen wurde, allerdings ohne den erwähnten Zusatz, hatte sie Erfolg.“

Vor fünfzehn Jahren hat sich Hansjürg Weder von der politischen Bühne verabschiedet. Aber er verfolgt das politische Geschehen immer noch anhand der Lektüre von drei Tageszeitungen. Den Freiwirtschaftlern innerhalb der Freiwirtschaftlichen Bewegung der Schweiz und Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) ist er treu geblieben. Den Landesring der Unabhängigen (LdU), den er noch vor dessen Untergang verlassen hat, gibt es nicht mehr. Er kämpft weiter mit viel Herzblut für eine lebenswerte Zukunft und für mehr Gerechtigkeit. Dazu wünschen wir (der Freiwirtschaftsbund und die INWO) dem Achtzigjährigen fortan nur das Beste.

Hans Barth-Hochuli



als Heimatschützer auch für den Erhalt wertvoller historischer Bausubstanz. Die Planung neuer Atomkraftwerke hält er für „verheerend“, weil das Problem der Endlagerung von Atommüll überhaupt nicht gelöst ist. Auch die Katastrophe von Tschernobyl von 1986 und deren dramatische Folgen hat er nicht vergessen.

Hansjürg Weder ist ebenfalls Tierschützer: „Tierversuche sind für mich absolut unerträglich. Sie sind eine Kulturschande und für die Gesundheit des Menschen irreführend“, sagte er einmal. Mit zahlreichen Vorstössen zu diesem Thema habe er den Nationalrat sowie den Bundesrat

Alt-Bundesrat Blocher und das Zinssystem

Die Staatsschuld der Eidgenossenschaft beträgt heute ca. 130 Milliarden Franken. Schon die Ex-Finanzminister Stich und Villiger erklärten bei Gelegenheit, sie hätten für den Zinsendienst jeden Tag 10 Millionen Schweizerfranken aufzuwenden (entspricht 3,65 Milliarden CHF pro Jahr). Dies würde im Durchschnitt einem Zinssatz von 2.8% entsprechen, was realistisch sein dürfte. Vor einigen Jahren waren die Zinssätze höher, heute sind bei niedrigeren Zinssätzen die Schulden höher.

Das Geld der Reichsten

Der ehemalige Justizminister, Bundesrat Christoph Blocher, wurde in der BILANZ Dezember 2000 („Die 300 Reichsten“) als Unternehmer mit 2 bis 3 Milliarden Franken Vermögen eingestuft. Hätte Herr Blocher bei seiner Wahl zum Bundesrat von seinem Vermögen 1,3 Milliarden (ein Hundertstel der Staatsschuld) abgezweigt und damit Wertpapiere der Eidgenossenschaft, seinem neuen Arbeitgeber, gekauft, so müsste ihm der heutige Finanzminister, Bundesrat Merz, täglich Fr. 100.000 bezahlen (ein Hundertstel des täglichen Schuldendienstes). Im Monat würde dies die stolze Summe von Fr. 3 Millionen, im Jahr 36 Millionen ergeben. Für diese 36 Millionen Franken müsste Herr BR Blocher heute nichts arbeiten. Sie würden ihm systembedingt auf sein Konto gespült! 36 Millionen Franken sind sehr viel Geld, und dies jedes Jahr!

„Mit Recht wird bei Managergehältern von 20 bis 30 Millionen Franken von Abzockerei gesprochen und man hört das Murren im Volk. Von den gewaltigen Zinsströmen, die von den Superreichen kassiert werden und die das Volk auch erarbeiten muss, spricht jedoch niemand.“

BR Blocher erhält daneben natürlich noch seinen Bundesratslohn von einigen hunderttausend Franken, für den er ohne Zweifel tüchtig arbeiten muss.

Diese kleine Geschichte ist nicht gegen Herrn Blocher gerichtet. Sie soll nur zeigen, wie das Zinssystem wirkt. Hier ist es klar, wer die Zinsen bezahlt: der Steuerzahler!

Gut angelegt?

Gemäss BILANZ Dez. 2005 besaßen die „300 Reichsten der Schweiz“ zusammen 400 Milliarden Schweizerfranken. Die Banken müssen dafür besorgt sein, dass diese

Vermögen in der Wirtschaft gut angelegt sind, d. h. sich gut rentieren, nehmen wir an mit durchschnittlich 5%, also 20 Milliarden. Diese 20 Milliarden belasten die Wirtschaft in Form von Zinsen, Mieten, Dividenden, Bodenrenten, Eigenkapitalrendite etc. Sie sind als Kosten in den Rechnungen der Unternehmen enthalten und fliessen automatisch in die Preise ein.



Neben diesen 300 Reichsten dürfte es in der Schweiz nochmals mehrere zehntausend Reiche geben, die gemäss Vermögensstatistik 5 bis 100 Millionen besitzen. Die obigen Zahlen können daher verdoppelt werden. Die gesamten Vermögenswerte in der Schweiz können auf eine Billion Schweizerfranken geschätzt werden. Was dabei als Rendite-Einkommen die Wirtschaft belastet, muss mit den gesamten Lohn-Einkommen verglichen werden. Es zeigt sich dabei, dass vom erarbeiteten wirtschaftlichen Leistungskuchen etwa 1/3 ans Kapital geht und nur 2/3 für die Lohn-Einkommen der Arbeitenden, inkl. Lohn-Einkommen der CEOs, übrig bleiben.

Grundsätzlich neue Wege

Verdient also ein Familienvater einen Jahreslohn von Fr. 60.000, den er voll für den Lebensunterhalt seiner Familie braucht, so gehen davon Fr. 20.000 als Zinsendienst ans Kapital. In der Wohnungsmiete stecken oft mehr als 60% Kapitalkosten. Das kapitalistische System bewirkt also vorrangig eine Umverteilung von der Arbeit zum Kapital. Über die Steuergesetzgebung wird eine gewisse Rückverteilung erreicht. Dabei geht jedoch der Trend immer mehr weg von Vermögens-, Erbschafts- und Einkommenssteuern, hin zur Mehrwertsteuer, welche den kleinen Mann voll trifft! Man kann feststellen:

„Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer! Das System ist vom sozialen Standpunkt aus gesehen ungerecht und damit gefährlich.“

Der deutsche Wirtschaftsanalyst Helmut Creutz schreibt dazu: „Unser heutiges Geld lässt uns keine andere Wahl: entweder ohne Wachstum in die Wirtschaftskrise oder mit Wachstum in die Umweltkrise.“ Das kapitalistische System ist gefährlich. Der Marxismus erwies sich als untauglich. Wir müssen grundsätzlich neue Wege finden.

Werner Rosenberger

Macht Geld!

Welchen Weg sollte die geldreformerische Bewegung einschlagen, um ihrem Ziel eines gerechten Geldsystems näher zu kommen? Norbert Rost nimmt einen Widerspruch wahr zwischen dem Anspruch an die staatlichen Institutionen inklusive der Parteiendemokratie, eine Geldreform umzusetzen, und dem allgemeinen Mangel an Vertrauen in genau diese Instanzen.

Wer sich rein an den zu Beginn des 20. Jahrhunderts dargelegten Gedanken Silvio Gesells orientiert, plädiert für die Errichtung eines Währungsamtes, welchem die Administration eines umlaufgesicherten Freigeldes obliegt. Die Idee eines Währungsamtes ist staatlich gedacht. Der Begriff suggeriert eine staatliche Behörde, die durch Gesetzeskraft etabliert wird und deren Tätigkeiten sich auf alle Bürger eines Staates auswirken. Wenn es nun aber – wovon in der Bewegung viele ausgehen – tatsächlich mächtige Interessengruppen gibt, die gegen die Weiterentwicklung des Geldsystems sind, wieso sollten sie die Etablierung eines solchen Amtes auf staatlichem Wege zulassen? Mit dieser Sicht auf die Machtkonstellationen im Staat ist eine Forderung an eben diese staatlichen Institutionen ein Widerspruch in sich.

Staatsverständnis

Ein Wechsel des Blickwinkels kann andere Wege zur Umsetzung wirtschaftsreformatorischer Ideen aufzeigen. Der Standpunkt aufgeklärter Demokraten lässt keinen Zweifel zu, wer die Mächtigen in einer Gesellschaft sein sollten: Die Bürgerinnen und Bürger! Aber niemand kann das Volk ermächtigen. Es muss sich selbst ermächtigen.

Jede Selbstermächtigung des Souveräns kann zu jeder Zeit nur auf dem jeweils aktuellen geistigen, technischen und wissenschaftlichen Stand basieren. Sie beginnt mit einer Suche nach wegweisenden Konzepten, Werkzeugen und (Organisations-)Strukturen, die für die Umsetzung der erwünschten Veränderungen hilfreich sind. Die Idee eines Währungsamtes ist dabei aber nur ein mögliches Werkzeug.

Hier geht es um eine politische Fragestellung, die nicht nur auf wirtschaftsreformato-

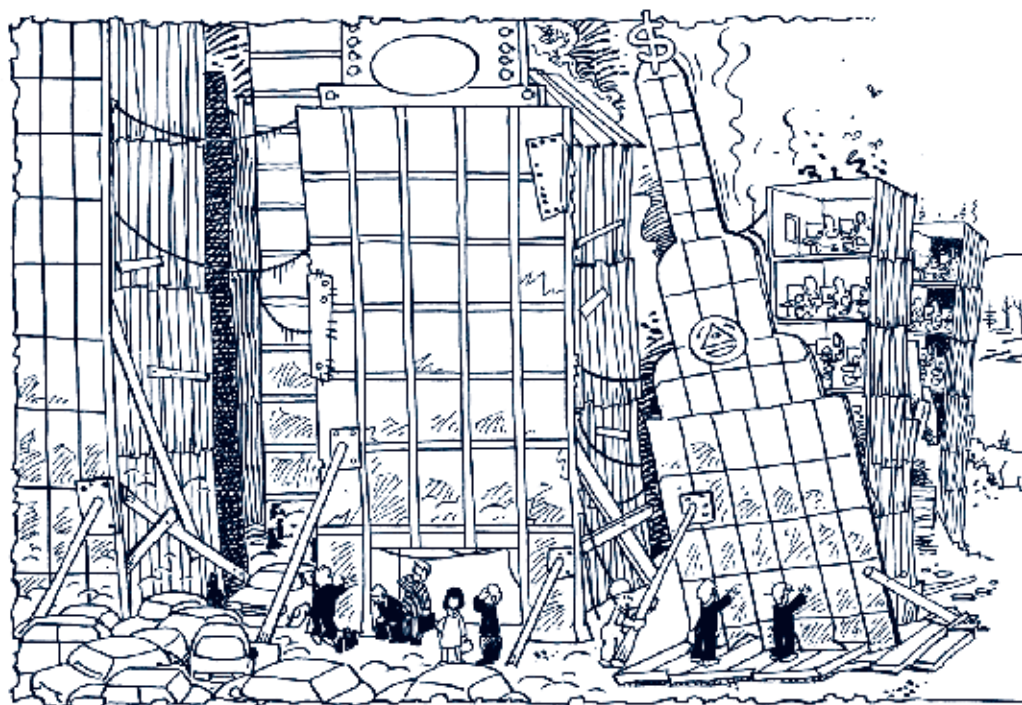
rischer Ebene interessant ist: Die Frage nach einem modernen Staatsverständnis. Was ist „Staat“? Wer formt und ermächtigt „Staat“? Welche Hoffnung verknüpfen wir mit „Staat“, was erwarten wir von diesem Konstrukt und in welchem Verhältnis steht „Staat“ zu uns als Menschen?

Kult der Autorität

An „den Staat“ knüpfen sich heute viele Hoffnungen. „Er“ hat dafür zu sorgen, dass es „uns“ gut geht. Dass Probleme erkannt und gelöst werden. Dass Wünsche erfüllt werden. Dabei wird meist strikt unterschieden: Hier bin ich und dort ist der Staat. Staat, das hat mit mir nichts zu tun, das ist etwas Externes, was mich steuert und begrenzt, was mich behelligt und von mir fordert, eben die mächtigste Autorität im Universum oder auch – wie Verschwörungstheoretiker meinen

– das Instrument, mit dem die Reichen und Mächtigen uns lenken. So denken viele und verneinen damit den Grundgedanken der Demokratie: dass die Menschen im Mittelpunkt stehend ihr gesellschaftliches Universum selbst gestalten und steuern.

Wir frönen einem Kult der Autorität, wenn wir erhoffen, „der Staat“ würde geldreformerisch tätig werden. Es sind geistige Handschellen, die wir uns freiwillig anlegen, um uns nicht selbst ermächtigen und die damit verbundenen Konsequenzen schultern zu müssen. Dabei ist die Idee einer staatlichen Umsetzung neuen Geldes auch aus anderer Sicht kritikwürdig: Woher rührt der Anspruch, alle Menschen eines bestimmten territorialen Gebietes mit einer bestimmten Art von Geld „zu beglücken“, wie es im Falle staatlicher Umsetzung der Fall wäre? Impliziert freies Geld nicht auch freie Wahl? Steckt in diesem



Gedanken nicht die Chance, mit all jenen das Wirtschaften mit freiem Geld zu beginnen, die von sich aus und aus innerer Überzeugung gewillt sind, es als Zahlungsmittel zu akzeptieren? – Oder sind wir gar nicht gewillt und hoffen, uns per staatlichem Zwang der eigenen Entscheidung entziehen zu können?

Eine Kooperation freier Menschen aus freien Stücken scheint mir der gesellschaftlichen Situation angemessener, als die zentrale staatliche Autorität dazu zu bringen, ihr Gewaltmonopol im Sinne geldreformerischer Ideen einzusetzen. Führt das doch dazu, dass einige die Gesetze für alle machen und damit bei manchen Widerspruch und Widerstand provozieren. Wo bleibt das Grundprinzip der Menschlichkeit: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu“?

Genossenschaften

Wenn nun aber nicht der Weg über die zentrale staatliche Autorität gegangen werden soll, welche konkreten Wege kommen dann in Betracht? Die Raiffeisen-Bewegung darf als Vorbild genannt werden. Eigeninitiativ begannen Akteure, die Geldwirtschaft umzubauen, indem sie Kreditgenossenschaften schufen, die Einlagen annahmen und Kredite an Genossenschaftler ausgaben. Jedes Geldsystem benötigt diesen Teil des gegenseitigen Leihens. Eine Gemeinschaft interessierter Wirtschaftsakteure kann sich zusammenfinden, um nach dem Vorbild der Raiffeisen-Bewegung ein eigenes Währungssystem zu etablieren und mit diesem selbstgeschaffenen Werkzeug mit-

einander Geschäfte zu tätigen. Konkret: Die Gründung einer Art Gemeinschaftsbank, die ihr eigenes Geld administriert und verschiedene Dienste rund um dieses Zahlungsmittel seinen Nutzern anbietet. Unabhängig von bereits existierenden Währungssystemen.

Was auf regionaler Ebene bereits mit Regiogeld umgesetzt wird, könnte überregional ebenso funktionieren und zugleich als Clearingstelle mit den Regiogeldern zusammenarbeiten und so die Basis der teilnehmenden Akteure vergrößern. Wie das genutzte Zahlungsmittel konstruiert ist, ist dabei allein den Administratoren des Systems überlassen, aber es ist natürlich wahrscheinlich, dass freiwirtschaftlich inspirierte Menschen eine Geldhaltegebühr integrieren werden. Möglicherweise finden sich im geldreformerischen Umfeld (ehemalige) Bankiers, Unternehmer und Genossenschaftler, die ihre Erfahrungen hierbei gern einbringen.

Die Möglichkeiten des Internets

Das Internet kann eine große Rolle spielen. Statt mit Papiergeld zu beginnen, kann ein Online-System aufgebaut werden. Es ist programmieretechnisch vergleichsweise leicht umsetzbar, jedem Teilnehmer ein Konto einzurichten, welches Guthaben und Schulden abbildet, Überweisungen von Konto zu Konto möglich macht und Guthaben zyklisch mit Umlaufsicherungsgebühren belastet. Bereits heute gibt es vergleichbare Systeme, die sogar als OpenSource von jedermann genutzt und weiterentwickelt werden können. Mit

einem Online-Marktplatz, der Angebote und Gesuche ermöglicht, würde das System zu einem umfassenden Wirtschaftssystem. Wie die Erfahrung der Regionalgelder zeigt, ist eine kritische Masse an Teilnehmern, die über das System ihre Leistungen und Produkte anbieten, wichtig – allein das Zahlungsmittel macht noch keine Wirtschaft. Wenn die Auswahl an verfügbaren Wirtschaftsgütern groß genug ist, werden weitere Wirtschaftsakteure angelockt.

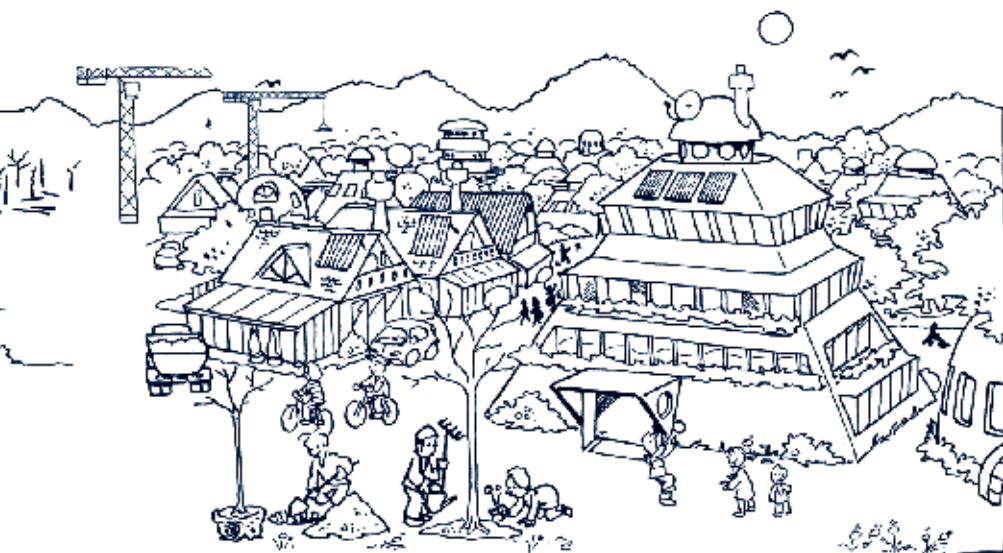
„Die meisten Unternehmer dürften auf die konkrete Aussicht auf zinsgünstige Investitionskredite interessierter reagieren als auf das schlecht zu terminierende Versprechen eines besseren Gesellschaftsmodells.“

In die Praxis gehen

Die Mitgliedszahlen geldreformerischer Organisationen sind in den letzten Jahren gewachsen und viele nichtorganisierte Sympathisanten sind eben gerade im Internet zu finden. Mit einer praktischen Umsetzung eines Marktplatzes mit integrierter Zahlungsfunktion im Internet ließe sich nicht nur dem Vorwurf begegnen, die Erfahrungen von Wörgl seien nicht auf die heutige Zeit übertragbar, sondern es ließen sich mittels neuer Argumente auch neue Zielgruppen ansprechen.

Es ließen sich zugleich wertvolle Erfahrungen sammeln: Wie müsste ein Währungssystem aufgebaut sein? Welche Hürden gibt es, welche Optionen ergeben sich? Wie hoch sollte die Geldhaltegebühr angesetzt werden? Welcher Mechanismus der Geldschöpfung kommt in Frage? Welche Funktionalitäten sind an ein solches elektronisches Wirtschafts- und Zahlungssystem andockbar? Wie kann es auf Papiergeld ausgeweitet werden? Wie wird Kreditvergabe organisiert? Sowohl die gesammelten Erfahrungen als auch die entstehende technische Infrastruktur können bei Erfolg auch anderswo genutzt werden. Und die Freiwilligkeit der Teilnahme bliebe gewahrt: Genossenschaftlich organisiert würde diese Währungsinstitution jedem die Möglichkeit einer Teilnahme an einem alternativen Währungssystem eröffnen, ohne ihn dazu zu zwingen.

Diese Herangehensweise bedeutet nicht, dass das Werben, Aufklären und Informieren über Geldsysteme einzustellen ist. Sie bedeutet, geldreformerische Ideen auf eine



neue, praktische Ebene zu heben, die mehr Menschen erreichen und Umsetzbarkeit demonstrieren kann. Und sie wäre ein Signal demokratischen Handelns.

Bodenreform

Das Genossenschaftsmodell könnte auch als Grundlage dienen, um die Ideen einer Bodenreform konkret werden zu lassen. Dazu muss man verstehen, dass „Staat“ als Zusammenschluss von Menschen betrachtet werden kann, als Gemeinschaft. Spricht man von einem Staat in der Tierbiologie, so ist damit beispielsweise die Gesamtheit aller Ameisen eines Ameisenhaufens gemeint. Es ist nicht eine separate Instanz neben den Tieren, es sind die Tiere selbst. Eine Genossenschaft formt in diesem Sinne eine Gemeinschaft von Individuen mit ähnlichen Interessen, die im Rahmen dieser Organisationsstruktur miteinander arbeiten.

Das Besondere am Genossenschaftsmodell ist dabei sein demokratischer Charakter. Im Gegensatz zu Kapitalgesellschaften ist nicht die Menge des eingebrachten Kapitals ausschlaggebend für die Mitsprache, sondern es gilt: Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Genossenschaftsmodell ist somit eine der demokratischsten Organisationsstrukturen in der Wirtschaft.

Letztlich ist der Gedanke einer Vergemeinschaftung des Bodens („Bodenreform“) nichts anderes, als niemanden zum alleinigen Eigentümer und jeden zum Mit-Eigentümer des Bodens zu machen. Eine Genossenschaft kann Grund und Boden erwerben oder sich per Schenkung oder Erbschaft zusprechen lassen und sie kann diesen Besitz entsprechend ausformulierter, in der Satzung verankerter Regeln verwalten. Eine dieser Regeln könnte sein: Boden darf von Genossenschaftsmitgliedern nach einem Auktionsverfahren gepachtet und bewirtschaftet werden. Eine andere könnte sein: Überschüssige Einnahmen werden als Kindergeld an minderjährige Genossenschaftler ausgeschüttet. Das käme einer Umsetzung Gesell'scher Ideen im kleinerem Maßstab gleich. Um größere Maßstäbe zu erreichen, könnten die Einnahmen aus Pacht und (möglichen) anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten zum Erwerb weiteren Bodens genutzt werden.

Macht Angst?

Spürbar ziehen sich die geistigen Handschellen enger, wenn diese Ideen zur Selbstermächtigung auf den Respekt vor den erwähnten unsichtbaren Autoritäten treffen. Schnell kann verwiesen werden auf Paragraph 35 Bundesbankgesetz, welcher die Ausgabe von „Nebengeld“ unter Strafe stellt. Schnell auf die Verbote der Experimente von Wörgl und Schwanenkirchen. Auf die Paranoia schürenden Überwachungsmaßnahmen des deutschen Innenministeriums. Und all dies lässt sich nicht einfach wegschieben.



„Aber sollten wir uns von Ängsten leiten lassen, wenn in Zeiten wirtschaftlicher Krise die Umsetzung neuer Ideen immer dringender wird?“

Allerorts wird doch heute die Übernahme von Verantwortung durch mündige Bürger gefordert!

Ich möchte einige Punkte anführen, die die skizzierten Unternehmungen erfolgversprechend erscheinen lassen, trotz proklamierten Geldmonopols und früherer Verbote:

- Nehmen wir die Regionalgelder, die inzwischen teilweise seit Jahren aktiv sind und Vorbildwirkungen über den deutschsprachigen Raum hinaus erzielen. Sicher, sie werden (sowohl von Medien und Wissenschaft als auch

staatlicherseits) beobachtet, aber sie werden selbst innerhalb der Finanzaufsichtsbehörden von einigen als interessante Entwicklungen gewertet. Ihre Probleme haben die Regionalgelder eher in der schwachen personellen und finanziellen Ausstattung als in juristischen Hürden.

- Kritik am Geldsystem kommt inzwischen aus vielerlei Richtung und teilweise wird mit der Überwindung des Geldmonopols fest gerechnet. So prophezeit John Naisbitt, Autor des den Prozess der Globalisierung vorhersagenden Buches „Megatrends“, in seinem neuen Buch „Mind Set!“ die Etablierung neuer, nicht-staatlicher Währungssysteme.

- Und es sei im Hinblick auf §35 Bundesbankgesetz gesagt: Was „Nebengeld“ ist, dessen Ausgabe untersagt ist, ist juristisch nie definiert worden. Schließlich gab es keine Musterprozesse, die eben diesen Punkt konkretisieren konnten. Und wir wissen, dass sich dann auch global agierende Konzerne rechtfertigen müssten: Lufthansas Flugmeilen, Paybacks Punkte und Telecoms HappyDigits sind streng genommen ebenfalls Währungssysteme. Nur: Diese sind nicht gemeinwohlorientiert und genossenschaftlich organisiert, sondern auf Gewinn ausgerichtete Konzernwährungen.

Verbleiben trotz dieser Aussichten Ängste in Bezug auf eine bürgerschaftliche Umsetzung geldreformerischer Ideen, so muss wohl geschlussfolgert werden: Dann liegt das Problem tiefer! Dann sollte man sich nicht für die Umsetzung geldreformerischer Ideen einsetzen, sondern für die Verwirklichung jenes Ideals, das Demokratie genannt wird. Denn wenn es dem Volk im eigenen Land nicht möglich ist, sich selbst zu ermächtigen, dann liegen ganz andere Dinge im Argen!



Norbert Rost, Baujahr 1976, von der Wende geprägter Wirtschaftsinformatiker und selbstständiger Unternehmer

Nachhaltige Selbsthilfe statt teurer Rettungspakete

In einer neuen wissenschaftlichen Arbeit für die World Academy of Arts and Sciences in Hyderabad (Indien) vergleicht der belgische Wissenschaftler Bernard Lietaer komplexe Ökosysteme mit einem von Menschen gemachten komplexen System: der Ökonomie. Von der Natur können wir lernen, was für eine nachhaltige Weltfinanzordnung wichtig ist.

Unvorstellbar viele Milliarden Euro haben Regierungen auf der ganzen Welt für die jüngste, vorläufige Rettung des Bankensystems gezahlt oder als Bürgschaften zur Verfügung gestellt. Nach den Rettungspaketen für die Banken gab es teure Versprechen für deren Kunden. Laut Lietaer geht es bei den nun staatlich garantierten Aktiva („Haben“) allein der drei größten deutschen Banken um einen Wert von 130% des Bruttoinlandsprodukts. 773% sind es bei den beiden größten Banken der Schweiz.

Unterdessen haben die tatsächlichen Verluste der Banken Rekordmarken erreicht. Insgesamt wurde bisher ein Minus von rund 350 Milliarden US-Dollar bestätigt. Schätzungen gehen von insgesamt weit über 1.000 Milliarden US-Dollar Verlust durch die Immobilienkredit-Krise aus. Lietaer spricht von der „Spitze des Eisbergs“, denn „die gleichen laxen Gepflogenheiten herrschten in Amerika auch für Auto- und Studienkredite und besonders für Kreditkartenschulden“.

Die Zweite Welle rollt an

Nach den Rettungspaketen für die Banken werden weitere geschnürt. Neben der Autobranche hat bereits die Luftfahrtindustrie Bedarf angemeldet. Weitere Wirtschaftszweige werden (auch resultierend aus den zunehmend faulen Konsumentenkrediten) folgen. Die „Zweite Welle“ rollt an. Schlechte Bankbilanzen führen zu einer eingeschränkten Kreditvergabe, die die ersten Unternehmen, vor allem die Autozulieferer mit ihrem geringen Eigenkapital, schon zu spüren bekommen. Die Folge ist eine wirtschaftliche Rezession, die wiederum zu schlechteren Bankbilanzen führt... – eine klassische Abwärtsspirale.

Zur Rettung sind staatliche Eingriffe durchaus üblich. In den vergangenen 25 Jahren hat die Weltbank 96 Banken- und 176 Finanzkrisen gezählt – jedes Mal übernahm der Staat (und damit der Steuerzahler) die entstandenen Schulden. Auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse schlägt Lietaer nun etwas völlig anderes vor. Etwas, das einen nachhaltigen Effekt verspricht.



Bernard Lietaer, früherer Zentralbanker und Währungsspekulant, arbeitet mit Prof. Margrit Kennedy, Prof. Dr. Wolfgang Berger und anderen an einem etwas anderen Rettungspaket.

In seiner Studie stellt er in Bezug auf das der Ökonomie zugrunde liegende Geldsystem eine anfällige Monokultur fest, die einzig und allein auf Wachstum und Effizienz ausgerichtet ist. Nachhaltige Ökosysteme dagegen streben nach einer Balance zwischen Effizienz und Vielfalt. Die deutlich größere Vielfalt und Vernetzung sorgen für eine größere Belastbarkeit und damit für eine Nachhaltigkeit des Systems.

Vorbild Ökosystem

Wir könnten von der Natur lernen: Um ein ebenso belastbares und nachhaltiges Wirtschaftssystem zu schaffen, bräuchten wir mehr Vernetzung und Vielfalt. Auch dabei könnte der Staat eine bedeutende Rolle spielen. Den Anfang aber könnten die betroffenen Unternehmen selbst machen. Ein historisches Vorbild dafür schildert Lietaer in einer Geschichte:

„Vor langer Zeit, während einer ähnlichen Krise wie der gerade beginnenden, trafen sich sechzehn Geschäftsleute, um darüber zu beraten, was sie selbst dagegen unternehmen könnten. Sie oder ihre Kunden hatten von ihren jeweiligen Banken Briefe mit der Mitteilung erhalten, dass ihre Kreditlinien reduziert oder gekündigt würden. Ein Bankrott war daher nur noch eine Frage der Zeit. Sie stellten fest, dass Firma A den Kredit benötigte, um Güter von Firma B zu kaufen, welche wiederum das Geld benötigte, um Güter von ihren Zulieferern zu bestellen. Und so entschlossen sie sich, untereinander ein gegenseitiges Kreditsystem aufzubauen und luden dazu auch ihre Zulieferer und Kunden ein. Wenn Firma A etwas von Firma B kaufte, bekam A ein Soll und B erhielt die zugehörige Gutschrift. Sie erschufen ihre eigene Währung, deren Wert genau der nationalen Währung entsprach, aber mit der interessanten Eigenschaft, keine Zinsen zu erbringen.“

Die Rede ist vom Schweizer WIR-System, das 1934 in Zürich von 16 Unternehmern gegründet wurde und inzwischen von 60.000 Unternehmern genutzt wird. Eine Studie bescheinigt dem WIR, ein wesentlicher Eckpfeiler der auch in Krisenzeiten stabilen Schweizer Wirtschaft zu sein.

Fortsetzung auf Seite 20

Das „Tahiti-Projekt“ geht seinen Weg

Drei Auflagen mit geschätzten 14.000 Exemplaren hat der im März 2008 erschienene Roman „Das Tahiti-Projekt“ von Dirk C. Fleck inzwischen erlebt. Die Nachfrage ist ungebrochen.

Gerade teilt der Piper-Verlag mit, dass das „Tahiti-Projekt“ im nächsten Herbst als Piper-Taschenbuch erscheinen wird – als „Buch des Monats“. Damit wäre auch dem Taschenbuch eine hohe Auflage garantiert.

Ende Februar wird das „Tahiti-Projekt“ in einer französischen Übersetzung vorliegen, die den verantwortlichen Politikern auf Tahiti in gebundener Form ausgehändigt werden soll. Ziel des Projekts ist es nämlich nach wie vor, Tahiti zu einer Art Ökolabor umzubauen, um der durch die Finanzkrise und den Ökozid verunsicherten Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, dass ein nachhaltiges Leben und Wirtschaften im Einklang mit der Natur möglich ist.

Um diese Idee schon im Vorfeld in den Medien zu befördern, soll im nächsten Jahr eine ökologische Partnerschaft zwischen Tahiti und Dithmarschen ausgerufen werden. Dithmarschen ist eine Region in Schleswig-Holstein, die sich erstaunlich schnell an den neuen ökologischen Erfordernissen ausrichtet, vor allem in der Nutzung regenerativer Energien. Zudem ist Dithmarschen eine Insel, wie Tahiti auch. Sie ist etwa gleich groß und es leben dort ungefähr gleich viele Menschen wie auf Tahiti.

Um diese Partnerschaft zu beschließen, wollen die Betreiber des „Tahiti-Projekts“ den Präsidenten Tahitis im nächsten Frühjahr nach Deutschland einladen. Die verantwortlichen Politiker in Dithmarschen und auf Tahiti sind eingeweiht und haben ihre Bereitschaft signalisiert, sich Anfang 2009 zu treffen.

Neben dem Besuch in Dithmarschen wird Tahitis

Präsident auch die Tourismusmesse in Berlin besuchen, sowie einige deutsche Unternehmen, die führend in der Herstellung neuester Umwelttechnologien sind, die ja auch im Roman vorkommen.

Der Roman „Das Tahiti-Projekt“ hat inzwischen

eine eigene Magie entwickelt. Dirk C. Fleck wird gerne und häufig zu außergewöhnlichen Veranstaltungen geladen, wie beispielsweise die Klimatage in Meldorf, wo er Prof. Hohmeyer traf, Mitglied des mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Weltklimarats. Im Februar ist Fleck zur „Arena der Nachhaltigkeit“ eingeladen, die jährlich mit

illustren Gästen im Seehotel Zeulenroda/Thüringen stattfindet. Unterstützung erfährt das „Tahiti-Projekt“ inzwischen auch von vielen Organisationen wie beispielsweise dem Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) und prominenten Personen, wie dem Inselmakler Farhad Vladi, der auch Mitglied im World Future Council ist. Auch der Erfinder des alternativen Nobelpreises und Gründer des Weltzukunftsrats, Jacob von Uexküll, hat sich mit dem Projekt vertraut gemacht.

Das Interesse der großen Medien scheint ebenfalls wieder zu erwachen. Es gibt Überlegungen, Fleck in mehrere bedeutende deutsche Talkshows einzuladen. Für März 2009 gibt es eine Einladung in die Sendung „Süßstoff“ des Bayerischen Fernsehens. Ab Ende April wird ein Kamerateam Dirk C. Fleck, Eric Bihl („Equilibrismus e.V.“) und den Dithmarscher Weltumsegler Thede Dörscher nach Tahiti begleiten, um einen Dokumentarfilm über das Projekt zu drehen. Sie werden Ende April oder Anfang Mai in die Südsee reisen, um auf Einladung der tahitianischen Regierung Vorträge zu halten, mit Verantwortlichen zu sprechen und das „Tahiti-Projekt“ vor Ort bekannt zu machen.



Fortsetzung von Seite 19

Mit den vorliegenden Erfahrungen und der verfügbaren Informationstechnik könnten weitere solcher „Business-to-Business (B2B)-Systeme“ die nach und nach von der Krise betroffenen Industriezweige stützen. Doch nicht nur das: Die privatwirtschaftlichen Verrechnungssysteme könnten zu Eckpfeilern

einer neuen Weltfinanzordnung werden.

Eine wichtige Voraussetzung dafür wäre allerdings die staatliche Unterstützung solcher Komplementärwährungen; beispielsweise, indem die Finanzämter zumindest übergangsweise die Gewerbesteuer teilweise in der

B2B-Währung akzeptieren und in Städten und Gemeinden eigene Komplementärwährungen erlauben würden. Diese Vorschläge kämen uns weniger teuer als die bisherigen und weitere Rettungspakete! (Siehe auch <http://www.lietaer.com>)

Jens Hakenes

Buchvorstellung



Tobias Plettenbacher:
Neues Geld – Neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise – Ursachen und Auswege,
Wien: planetVerlag, 2. Aufl.
2008 – „15 Euro, erhältlich bei der INWO: <http://INWO.de/Shop>“

In fünf Kapiteln bietet der Autor einen gedrängten Überblick über alles, was mit Alternativen zu unserem heutigen Geld zu tun hat. Auf 150 attraktiv gestalteten Seiten zeigt er das ganze Spektrum der geldkritischen Ansätze. Das ungewöhnliche Layout fesselt das Auge: Auf der linken Seite findet man einen zusammenhängenden Text, aufgelockert durch Fettdruck und farbige Passagen – auf der rechten Abbildungen, Statistiken, Tabellen und Fotos. Man kann ganz nach Lust und Laune lesen oder blättern.

Plettenbacher beginnt mit Phänomenen wie exponentielles Wachstum, Verschuldung, Umverteilung, Armuts-/Reichtumschere, Wachstumszwang und Umwelterstörung, Globalisierung und Privatisierung. Im zweiten Teil werden die theoretischen Lösungsansätze vorgestellt – zuerst

die von attac geforderte Tobin-Steuer (Der Verfasser ist aktives attac-Mitglied!). Neben der Freiwirtschaft streift er auch Keynes, Vollgeld nach Huber und die Geldökologie nach Douthwaite.

Nach einem kleinen Ausflug in die Geschichte des Geldes widmet sich Plettenbacher ausgiebig den komplementären Währungen und gibt einen guten Überblick über alternative Geldmodelle weltweit. Vom deutschen „Vorzeigeprojekt“ Chiemgauer über den österreichischen Waldviertler bis zu den amerikanischen Ithaca Hours werden einige Beispiele aus dem Regiogeld- und Tauschringbereich vorgestellt. Auch Barterssysteme, den Genossenschaftsgedanken und die Jak-Bank finden wir hier.

Abgerundet wird das Büchlein durch ein thematisch gegliedertes Literaturverzeichnis über die ganze Bandbreite zum Lesen, Hören und Sehen, sowie durch eine vielseitige Linksammlung und eine lange Liste von österreichischen, deutschen und internationalen Organisationen mit ihren Web-Adressen.

Wir haben hier eine aktuelle nützliche Publikation, und dabei ein buntes Büchlein über eine wahrhaft bunte Szene, bestens als Weihnachtsgeschenk für Freunde geeignet, die vielleicht bisher (noch) keine Lust auf dicke Bücher hatten.

Gudrun Müller

Petition in Österreich für „Neues Geld“

Die Initiative Neues Geld, ein Bündnis österreichischer Komplementärwährungs-Initiativen, ersucht mit der Petition Neues Geld die politischen Entscheidungsträger in Bund, Land und Gemeinden, ergänzende Währungen zu unterstützen und bei den kommenden internationalen Konferenzen zur Neuordnung des weltweiten Finanzsystems neben den Vertretern der traditionellen Geldtheorie auch ExpertInnen für Komplementärwährungen sowie WissenschaftlerInnen anderer Geldtheorien einzubinden.

Anstatt reiner Symptombekämpfung schlägt die Initiative Neues Geld die Unterstützung neuer Geldsysteme auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene als Ergänzung zum bestehenden System vor. Neue Geldformen sollten wertstabil, demokratisch und gemeinschaftsbildend sein und eine nachhaltige und solidarische Wirtschaftsweise fördern.

Neue Geldsysteme werden ergänzend zum Euro bereits erprobt: Tauschsysteme, Barterringe, Regiogeld und Zeitbanken benutzen eigene Verrechnungs- und Zahlungssysteme und verzichten auf Zins. Zukunftsweisende Modelle verbinden regionale Zahlungsmittel mit der autarken Energieversorgung aus erneuerbaren Rohstoffen.



Der Gemeinderat von Wörgl fasste den einstimmigen Beschluss, die Petition Neues Geld zu unterstützen. Hier Wörgls Bürgermeister Arno Abler mit den beiden Vizebürgermeisterinnen.

Im Sinne einer ganzheitlichen Entwicklung können Regionalisierungsprozesse die einzelnen Regionen der Welt neu beleben und stärken und so den aktuellen, neoliberalen Globalisierungsprozess ausgleichen. Weitere Informationen über Neues Geld sowie zur Petition finden Sie auf: www.neuesgeld.com. Zu den Unterstützern zählen u.a. der komplette Gemeinderat der Stadt Wörgl und der Filmemacher Erwin Wagenhofer („Let's make money!“).

Buchvorstellung



Peter Winterhoff-Spurk:
Unternehmen Babylon.
Wie die Globalisierung
die Seele gefährdet.
Klett-Cotta 2008, 280 S.,
HC, 19,90 Euro, „erhält-
lich bei der INWO“

Winterhoff-Spurk, Professor für Psychologie an der Universität Saarbrücken, konstatiert: „Ja, es knistert im sozialen Fundament unserer Gesellschaft.“ Verantwortlich dafür macht er eben die Globalisierung, worunter er „den historischen Prozess“ versteht, „in dem vor allem ökonomische, aber auch soziale, kulturelle, technische und ökologische Strukturen und Prozesse weltweit durch den Abbau von Grenzen aller Art verändert werden“. Insbesondere hebt er jedoch die ökonomischen Aspekte und hier die Folgen der neoliberalen Denkschule um Milton Friedman und der von Alfred Rappaport formulierten „shareholder value“-Unternehmenspolitik hervor. Diese hätten zu schlechteren Lebens- und Arbeitsbedingungen und zu einer immer ungleichen Verteilung des Wohlstands geführt.

Wer nun befürchtet, das Buch gerate zu einer schwer verdaubaren Aneinanderreihung wirtschaftlicher und sozialer Missstände, irrt. Denn davor bewahrt es ein gelungener Kunstgriff: Das Umschlagbild vom „Turmbau zu Babel“ von Pieter Breugel wird in jedem Kapitel zu unterhaltsa-

men Interpretationen szenischer Details genutzt, anhand derer die Situation von damals mit der von heute verglichen wird. Das Gemälde ist 1563 in Antwerpen entstanden, zu jener Zeit eine dynamische Handelsmetropole, in der sich die erste Börse etablierte, Aktiengesellschaften gegründet und weitere neue Finanzinstrumente entwickelt wurden, was eine enorme wirtschaftliche Expansion bewirkte. Ein Vergleich mit unserer heutigen Globalisierung bietet sich also durchaus an, und der Autor nutzt ihn zur Warnung, nicht alles so weiterlaufen zu lassen wie bisher, sondern die Entwicklung bewusst zu gestalten. Sonst könnte es mit dem „Turmbau“ schief gehen.

Neben allgemeinen Forderungen nach der Stärkung sozialer Bindungen, Bildung und Wissenschaft sowie nach gesellschaftlicher Selbstverantwortung und -steuerung, macht der Verfasser jedoch keine konkreten Vorschläge, wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hierfür auszuformen hätten. Und das, obwohl er gleich im 1. Kapitel erwähnt, dass zu Breugels Zeit gerade die Aufhebung des Zinsverbots im Calvinismus diesen so attraktiv für die Ober- und Mittelschichten gemacht habe. „Oben wurde fett gelebt und Reichtum zur Schau gestellt, während der ‚gemeyne man‘ hart für sein bisschen Brot, Bier und Tabak zu arbeiten hatte“ – an dieser Situation hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert.

Auch die erhofften psychologischen Zusammenhänge kommen leider zu kurz. So hätte ich gern mehr von den Erkenntnissen der Soziologin Arlie Hochschild über die Kommerzialisierung der Gefühle in der modernen kapitalistischen Gesellschaft erfahren. Und Winterhoff-Spurks Hauptbefund, in der globalen Dienstleistungs-

gesellschaft herrsche ein neuer Sozialcharakter, der „Histrio“, vor, ist mir zu pauschal. Dass dessen Verhalten vor allem in seiner Bindungsunsicherheit begründet liegt, ist aber gut nachvollziehbar, denn diese kann sich durch die vielfältigen gesellschaftlich und ökonomisch bedingten Bindungsunsicherheiten immer stärker verbreiten.



Caspar Dohmen:
Let's make money. Was
macht die Bank mit un-
serem Geld?
orange press 2008, 221 S.,
20 Euro (D), 20,60 Euro (A),
35,90 SFr (CH), ISBN 978-3-
936086-41-6

Wer sein Geld zur Verwahrung und Vermehrung der Bank anvertraut hat, weiß nicht, was sie damit tut, in welche Kreisläufe des globalen Finanzmarkts es eingespeist wird, mit welchen Risiken und Konsequenzen. Dieser Frage nachzugehen, war der Ausgangspunkt von Erwin Wagenhofers Film „Let's make money“. Der Film beeindruckt vor allem durch beklemmende Bilder, die uns vor Augen führen, dass eben nicht das Geld für uns arbeitet, sondern vor allem Menschen in entfernten Ländern, die schamlos ausgebeutet werden. Hier und da ein O-Ton, aber wenig Kommentare. – Dafür gibt es das Buch zum Film, das eine Vielfalt an Hintergrundinformationen, von der Entstehungsgeschichte des

Geldes, über die Entwicklung des Bankensystems, bis hin zu den wichtigsten Etappen der derzeitigen Finanzmarktkrise liefert. Offenbar hat der Autor noch bis kurz vor der Veröffentlichung im Oktober das Geschehen verfolgt und eingebunden, so dass nun ein hochaktuelles Buch vorliegt.

Caspar Dohmen hat Volkswirtschaftslehre und Politik studiert und war u.a. Redakteur beim Handelsblatt. Heute ist er Wirtschaftskorrespondent der Süddeutschen Zeitung. Mit großem Sachverstand und vor allem in einer sehr klaren Sprache erklärt er u.a. die Staatsverschuldung, das Börsengeschehen, die Rolle des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank oder wie Steueroasen funktionieren. So ist das Buch ein hervorragender Einstieg für alle, die sich angesichts der Krise nun doch einmal mit dem Thema Geld beschäftigen wollen. Die Anhänger der Fairconomy wird freuen, dass dem Zins und Zinseszins ein ganzes Kapitel gewidmet ist und Helmut Creutz' „Geldsyndrom“ die (überschaubare) Literaturliste anführt. Das letzte Kapitel „Es geht auch anders“ ist jedoch mau: Dohmen fordert vor allem, dass jeder selbst mit seinem Geld verantwortungsbewusster umgeht, mit einem Konto bei der GLS-Bank, als „kritischer Aktionär“, der grüne Börsenindizes verfolgt, oder durch die Unterstützung des Fairen Handels. Daneben plädiert er für die Trockenlegung von Steueroasen, Zulassungskontrollen bei neuen Finanzprodukten sowie allgemein für stärkere Staaten, die gemeinschaftlich eine Lösung dafür finden sollen, „dass die Schere zwischen Reichen und Armen sich immer weiter öffnet“. Hinsichtlich dieser Lösung hätte er ruhig konkreter werden dürfen.

Beate Bocking

Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

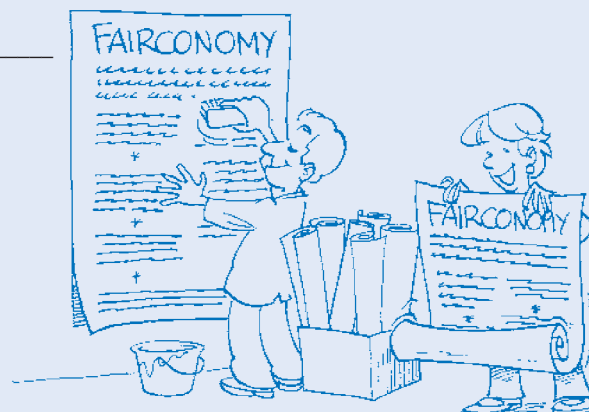
Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: (095 02) 92 48 10 oder per Post an:

**INWO Versand
Sambach 180**

96178 Pommersfelden



Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Ich spende zusätzlich einmalig _____ Euro.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 200 Euro ausgestellt und unaufgefordert zugesandt. Bei Zuwendungen unter 200 Euro gilt der Kontoauszug als Beleg für das Finanzamt.

- ☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

- ☐ Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.
☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Die angegebenen Kosten für Verpackung und Versand: bis 10 € Bestellwert 1.50 € / ab 10 € Bestellwert frei – angegebenen Kosten für Verpackung und Versand gelten ausschließlich für Lieferanschriften in Deutschland.

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Rettungspakete: normal, erweitert und extra

Echte Rettungspakete voller grundlegender Informationen zu den Ursachen der Finanzkrise – zum Lesen, Hören und Anschauen.



- Standpunkt 2 „Fließendes Geld“
- DVD „Der Geist des Geldes“
- CD „Das Wunder von Wörgl“
- Broschüre „Perspektiven fließenden Geldes“ (normal & extra)
- Buch „Neues Geld – neue Welt“ (erweitert & extra)
- DVD „Der große Ausverkauf“ (extra)

„normal“ für 15 Euro „erweitert“ für 25 Euro „extra“ für 40 Euro

Klaus Popp:

Das Märchen vom guten Zins



Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen. Dennoch verursachen Wirtschaftskrisen zunehmend Angst, Verunsicherung und Not. Die bekannten Lösungsvorschläge sind voller Widersprüche. Klaus Popp löst den Knoten der Ratlosigkeit auf. Das Buch basiert auf dem 1989 im Eigenverlag veröffentlichten Titel „Zinswahnsinn“. Es wurde komplett überarbeitet, erweitert und durch neue Fakten und Grafiken ergänzt.

Signum Verlag 2006, 180 Seiten, 11 Grafiken, 19.90 Euro

Standpunkt 2:

Fließendes Geld!



Von Alwine Schreiber-Martens unter Mitarbeit von Markus Fiedler und Kornelia Halach. Mit dem Nachfolger von „Knöllchen für die Spekulanten“ wird beschrieben, was am Geldsystem verändert werden muss, damit Finanzkrisen ausbleiben, Ersparnisse auch ohne Staatsgarantien sicher sind und auch die Wirtschaft ausreichend mit Geld versorgt wird.

Vier Seiten DIN A4, (vier)farbiger Druck auf hochwertigem Recycling-Papier.

INWO 2008, 0.50 Euro (10 St./4 Euro)

DVD-Doppelpack

„Der Geist des Geldes“ und „Der große Ausverkauf“



Die sehenswerten Dokumentationen „Der Geist des Geldes“ und „Der große Ausverkauf“ (laut Süddeutscher Zeitung eine der Dokumentationen, „die man sehen muss“!) als günstiges DVD-Doppelpack! Statt 28,80 Euro kosten die DVDs zusammen nur 27 Euro -

für INWO-Mitglieder sogar nur 24 Euro!

Einzelnen gibt es „Der große Ausverkauf“ (15.80 Euro) und „Der Geist des Geldes“ (ab 10,- Euro) ebenfalls.

Jürgen Probst:

Perspektiven fließenden Geldes – ein Spaziergang durch unser Währungssystem



Sehr gut lesbar stellt Jürgen Probst unser problematisches Währungssystem und Lösungsperspektiven vor. Mit erfrischender Leichtigkeit hat sich der selbständige Handwerker und Unternehmer dieses anspruchsvollen und bedeutungsvollen Themas angenommen. Dabei weist der Autor deutlich darauf hin, dass er nur ein Appetithäppchen liefern kann. Der wirkliche

Hunger wird durch die weitere Beschäftigung mit diesem wichtigen Thema gestillt. Und genau dazu regt diese kostengünstige INWO-Broschüre an.

INWO 2006, 72 Seiten, 3.50 €

Bestellungen an: INWO-Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden, Telefon: (09502) 924740, Fax: (09502) 924810, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Versandkostenfrei jetzt schon ab nur 10 Euro Bestellwert!